

Jacek Kucharczyk, Agnieszka Łada

# Polen und Deutsche im gemeinsamen Europa:

**Bewertung der gegenseitigen Beziehungen und der internationalen Lage 30 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit**

**Deutsch-Polnisches Barometer 2021**



20 Jahre der deutsch-polnischen  
Wahrnehmungsstudien

JACEK KUCHARCZYK, AGNIESZKA ŁADA

# **POLEN UND DEUTSCHE IM GEMEINSAMEN EUROPA:**

BEWERTUNG DER  
GEGENSEITIGEN BEZIEHUNGEN  
UND DER INTERNATIONALEN LAGE  
30 JAHRE NACH DER  
UNTERZEICHNUNG  
DES VERTRAGES ÜBER  
GUTE NACHBARSCHAFT  
UND FREUNDSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT

DEUTSCH-POLNISCHES  
BAROMETER 2021

Das „Deutsch-Polnische Barometer“ ist ein gemeinsames Projekt des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten, des Deutschen Polen-Instituts, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.



Die Daten, die in dieser Publikation zitiert werden, stammen aus früheren Forschungseditionen, realisiert in der Zusammenarbeit der folgenden Partner:

2020 & 2021: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Deutsches Polen-Institut/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit;

2019: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit;

2018: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Körber-Stiftung;

2013 & 2016: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen/Bertelsmann-Stiftung;

2000-2012, 2015, 2017: Institut für Öffentliche Angelegenheiten/Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Statistische Konsultation: Dr. Dariusz Przybysz

Übersetzung aus dem Polnischen: Ulrich Räther

Sprachliche Redaktion: Thomas Behrens

Infografiken: Nastka Drabot

ISBN 978-3-9820699-5-1

© Copyrights: Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau / Deutsches Polen-Institut, Darmstadt 2021

Fundacja Instytut Spraw Publicznych  
ul. Szpitalna 5/22, 00-031 Warschau, Polen  
Tel. (0048) 22 556 42 60; [isp@isp.org.pl](mailto:isp@isp.org.pl); [www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)

Deutsches Polen-Institut  
Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt, Deutschland  
Tel. (0049) 6151 4202 0, [info@dpi-da.de](mailto:info@dpi-da.de), [www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de)

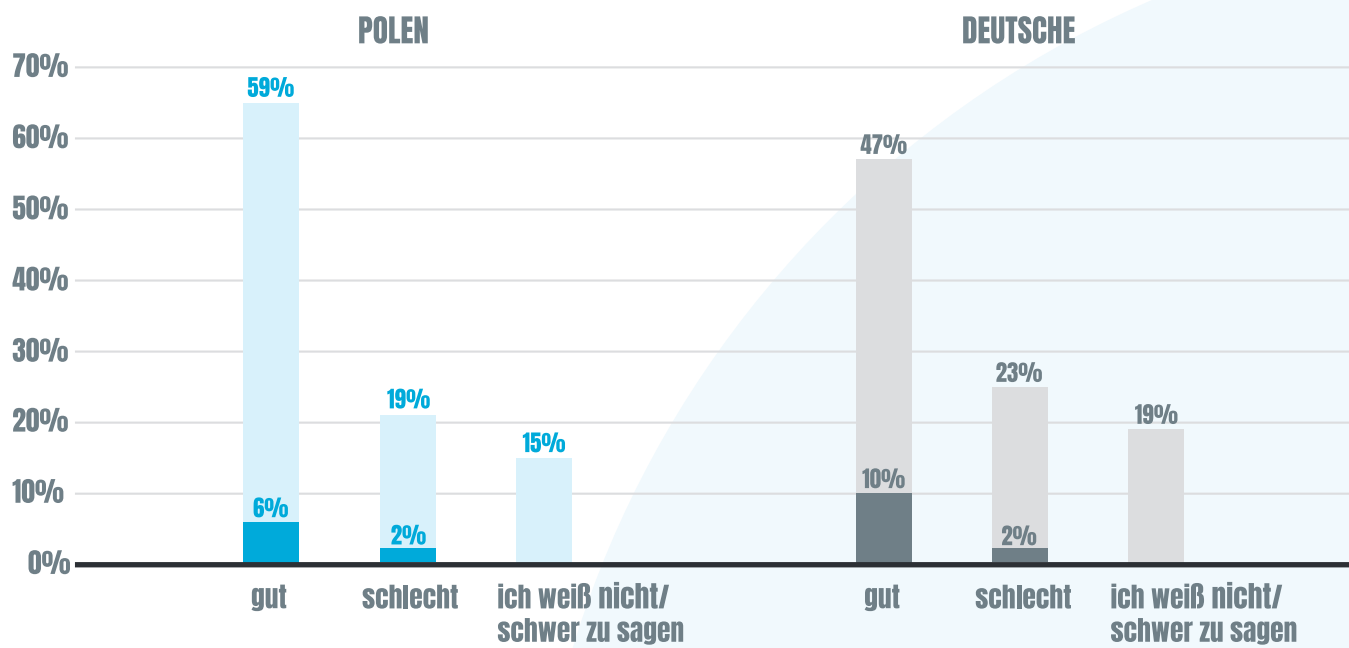


<b>Die wichtigsten Ergebnisse vorab</b>	<b>5</b>
<b>Einleitung</b>	<b>9</b>
<b>Bewertung der gegenseitigen Beziehungen</b>	<b>13</b>
Gründe für die positive Beurteilung des Zustands der Beziehungen	14
Gründe für die schlechte Beurteilung des Zustands der Beziehungen	16
<b>Prioritäten in den gemeinsamen Beziehungen – Vergangenheit versus Zukunft</b>	<b>21</b>
<b>Bewertung des Umgangs mit der Corona-Pandemie im Nachbarland</b>	<b>25</b>
<b>Gewünschte Kooperationsfelder</b>	<b>29</b>
<b>Die gegenseitige Wahrnehmung der Politik des Nachbarn</b>	<b>35</b>
Die polnische Einschätzung der deutschen Europapolitik	35
Die deutsche Einschätzung der polnischen Europapolitik	38
Ansichten zu den deutschen Verteidigungsausgaben	40
<b>Einschätzungen zu internationalen Fragen</b>	<b>47</b>
Bewertung des Wechsels im Weissen Haus	47
Bewertung der Rolle ausgewählter Großmächte auf internationaler Bühne	48
<b>Fazit</b>	<b>53</b>
<b>Anmerkungen zur Methode</b>	<b>57</b>
<b>Zu den Autoren</b>	<b>59</b>



## Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen?

Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2021





- ▶ Die deutsche und die polnische Gesellschaft beurteilen den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen mehrheitlich positiv. Als sehr gut oder eher gut werden sie von 57% der Deutschen und 65% der Polen bezeichnet.
- ▶ Der Hauptgrund, die Beziehungen als gut zu bezeichnen, sind für die Menschen hier wie dort die konvergierenden wirtschaftlichen Interessen beider Länder (42% der Deutschen, 54% der Polen). Auf dem zweiten Platz folgen die Anstrengungen und Aktivitäten staatlicher Stellen sowie der Zivilgesellschaft für die Aussöhnung zwischen den Menschen beider Länder. Die Deutschen weisen doppelt so häufig auf diesen Punkt hin wie die Polen (27% gegenüber 14%).
- ▶ Die Hälfte der Befragten, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als schlecht erachten, begründen dies mit der Politik der aktuellen polnischen Regierung gegenüber Deutschland (52% der Deutschen und 49% der Polen). Auf die schwierigen historischen Erfahrungen verweisen 17% bzw. 12% von ihnen.
- ▶ Zwei Drittel der deutschen und polnischen Befragten sind sich einig (65% bzw. 64%), dass man sich in den gegenseitigen Beziehungen vor allem auf die Gegenwart und Zukunft konzentrieren sollte und weniger auf die Vergangenheit.
- ▶ Der jeweils größte Anteil der deutschen und polnischen Befragten (43% bzw. 38%) ist der Ansicht, dass Deutschland mit den Auswirkungen der Corona-Krise besser umgeht als Polen.
- ▶ Deutsche und Polen sind unterschiedlicher Meinung bei der Frage nach den Prioritäten in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Bei den Deutschen liegen die Zusammenarbeit zur Stärkung der Demokratie und zur Überwindung regionaler Ungleichheiten in Europa (jeweils 32%) gemeinsam vorn, gefolgt vom Wunsch nach Zusammenarbeit für eine ehrgeizige Klimapolitik (30%) und der Bekämpfung des Terrorismus (29%). In Polen präferiert wird die Zusammenarbeit für die Energieunabhängigkeit in Europa (33%), für die Stärkung der europäischen Demokratie und der Bekämpfung des Erstarkens populistischer und nationalistischer Kräfte (32%) sowie die Steigerung der Innovations – und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft (31%).
- ▶ Etwa die Hälfte der Polen bewertet die deutsche Europapolitik positiv und ist der Meinung, dass diese zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt. Dieser Zustimmungswert ist seit 2015 rückläufig und nunmehr

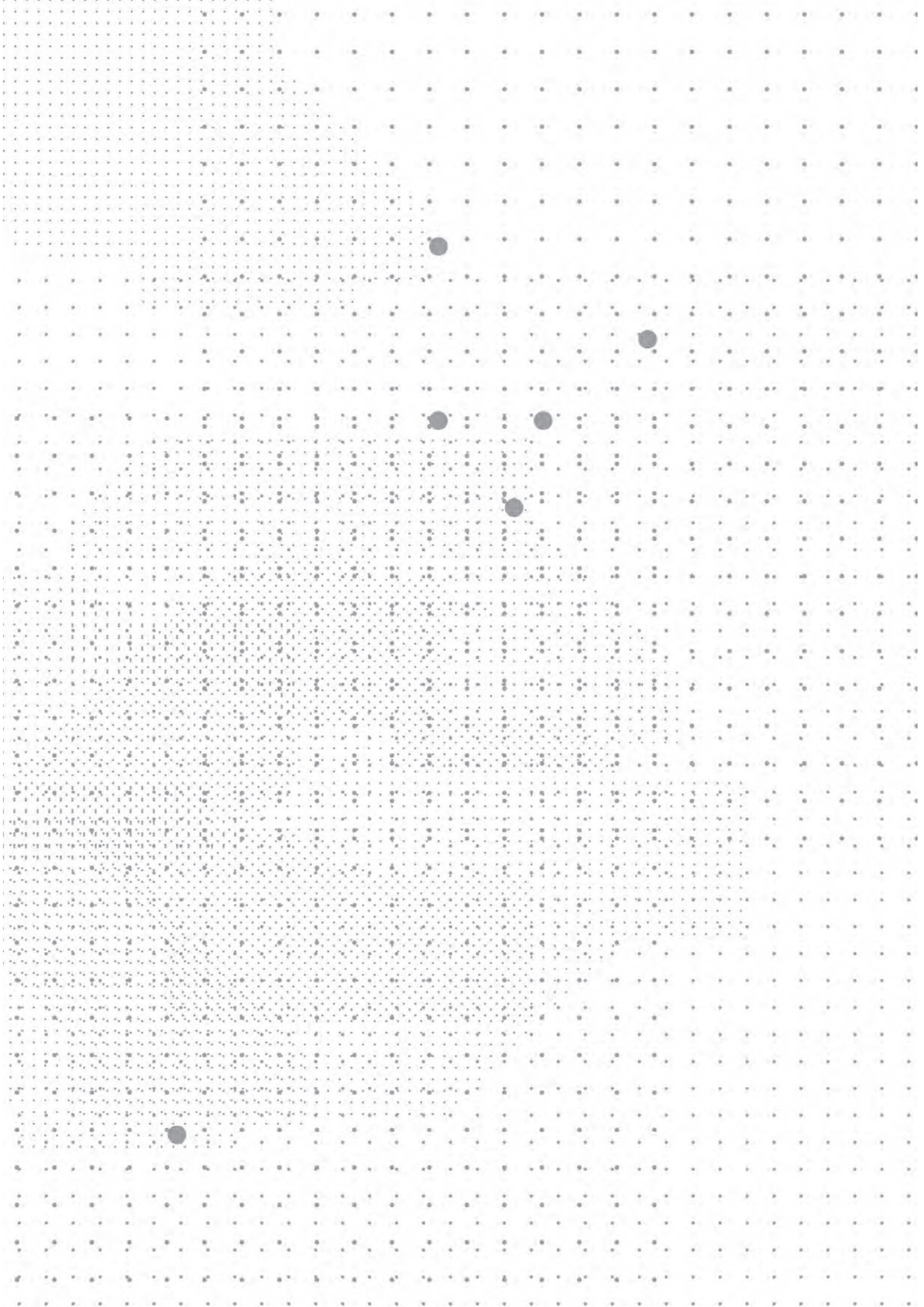
der niedrigste seit Beginn der Umfragen anlässlich des Deutsch-Polnischen Barometers. Gut ein Fünftel der polnischen Befragten glaubt, Deutschland schüre die Spannungen in Europa.

- ▶ Knapp die Hälfte der Polen ist der Ansicht, dass Deutschland die Interessen anderer Länder respektiere, während ein Drittel der Befragten meint, Deutschland verfolge seine Interessen auch auf Kosten anderer Länder.
- ▶ Die deutschen Meinungen zur polnischen Europapolitik sind in etwa dreigeteilt. Ein gutes Drittel der Befragten beurteilt sie negativ, ein weiteres Drittel positiv, und ein fast ebenso großer Anteil kann oder will diese Frage nicht beantworten.
- ▶ Fast die Hälfte der Polen (48%) glaubt, dass eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben bis zu der innerhalb der NATO vereinbarten Zielvorgabe auch die polnische Sicherheit erhöhen würden. Ein Viertel hingegen hat historisch bedingte Bedenken.
- ▶ Die Deutschen schätzen dies ganz ähnlich ein. Gut die Hälfte (51%) meint, eine Stärkung der Bundeswehr erhöhe auch das Sicherheitsgefühl der Polen und anderer Alliierten, ein gutes Viertel (26%) glaubt, eine Erhöhung des deutschen Militärhaushalts könne in Polen und anderswo Anlass zur Sorge sein.
- ▶ Fast zwei Drittel der Deutschen (63%), aber nur ein gutes Drittel der Polen (37%) glauben, dass die Machtübernahme durch Joe Biden und Kamala Harris in den USA für das je eigene Land eine Veränderung zum Besseren bedeutet. Klein ist in beiden Ländern der Anteil jener, die von einer Veränderung zum Schlechten ausgehen (Deutsche 11%, Polen 17%). Hoch ist der Anteil der Befragten, die in diesem Machtwechsel weder Vor- noch Nachteile erkennen oder sich der Antwort enthalten (insgesamt 46% der Polen und 26% der Deutschen).
- ▶ Sowohl die Deutschen als auch die Polen schätzen die Rolle der Europäischen Union in der Weltpolitik positiv ein. Zwei Drittel geben an, dass die EU zur Stärkung der globalen Ordnung und Sicherheit beiträgt, während nur 18% der Deutschen und 14% der Polen davon ausgehen, dass die EU zur Verschärfung von Konflikten beiträgt.
- ▶ Fast die Hälfte der befragten Deutschen und Polen bewerten die Rolle der USA in der Weltpolitik positiv. Gleichzeitig aber mehr als ein Drittel der Deutschen und ein Viertel der Polen der Ansicht, dass die Supermacht zur Verschärfung von Konflikten beiträgt.
- ▶ Ähnlich bewerten Deutsche und Polen auch die globale Rolle Russlands. Die überwiegende Mehrheit in beiden Ländern macht Russland verantwortlich für die Verschärfung von Streitigkeiten und Konflikten in der Welt.
- ▶ Tendenziell einig sind sich Deutsche und Polen auch in der Einschätzung der Rolle Chinas, welche in beiden Ländern mehrheitlich negativ gesehen

wird. Auffällig ist aber auch der in beiden Ländern hohe Anteil derjenigen, die sich gar nicht zu antworten im Stande sehen.

- ▶ Antworten im Rahmen dieses Deutsch-Polnischen Barometers weisen häufig eine Korrelation mit den Parteipräferenzen der Befragten auf. Vor allem auf polnischer Seite ist eine starke Polarisierung der Meinungen zwischen Anhängern des Regierungslagers einerseits und solchen der Opposition (mit Ausnahme der Konföderation) andererseits festzustellen. Erstere neigen dazu, Deutschland und seine Politik eher kritisch zu sehen.







Die Jahre 2020 und 2021 werden sicher als eine Zeit in Erinnerung bleiben, die in den meisten Lebensbereichen von der Corona-Pandemie bestimmt wurde. Dies gilt auch für die deutsch-polnischen Beziehungen: Schwierigkeiten im Grenzverkehr für Arbeitspendler, Testpflicht und Quarantänemaßnahmen, unterbrochene Lieferketten aufgrund der Grenzschließung im Frühjahr 2020, der fast völlige Verzicht auf persönliche Unterredungen im Rahmen der Städte- und Gemeindepartnerschaften und des Jugendaustauschs sowie die starke Einschränkung des Tourismus sind nur einige Beispiele von Beziehungsverhinderung und -veränderung, welche die Pandemie mit sich brachte. Auf der anderen Seite nahmen die politischen Entwicklungen ihren Lauf, und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern boomte sogar – Polen wurde 2020 zum fünftwichtigsten Handelspartner Deutschlands. In dieser schwierigen Zeit wies der gegenseitige Handel die Rekordsumme von 122,9 Mrd. Euro auf. Im öffentlichen Diskurs kamen durchaus auch altbekannte Themen vor, wie der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2, die Bedrohung durch Russland und China, die Förderung der europäischen Wirtschaft, die Gestaltung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den USA sowie das Gedenken an das polnische Leid aus Anlass des 75. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs. In den meisten dieser Bereiche ergaben sich durchaus Veränderungen. Der Bau von Nord Stream 2 wurde zeitweise gestoppt, weil Firmen aufgrund der Verhängung von US-Sanktionen aus dem Projekt ausstiegen. Durch die Vergiftung von Alexej Nawalny durch russische Geheimdienste stellte sich erneut die Frage nach den Grenzen der Zusammenarbeit mit Moskau. Der Ausgang der US-Präsidentschaftswahl hat die Koordinaten der transatlantischen Beziehungen einschneidend verändert.

Angesichts der Pandemie hat die Frage der Innovations- und Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft noch einmal an Bedeutung gewonnen. Schließlich verabschiedete der Bundestag im Herbst 2020 eine Resolution, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, das Projekt für einen Erinnerungs- und Begegnungsort zum Gedenken an die Opfer der deutschen Gewaltherrschaft in Polen voranzutreiben. All dies geschah parallel zum polnischen Präsidentschaftswahlkampf im ersten Halbjahr und zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020. All diese Ereignisse und Diskurse können ihren Einfluss gehabt haben auf die gegenseitige Wahrnehmung und das Verhältnis zum Nachbarn.

Im Jahr 2021 begehen wir den 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit am 17. Juni 1991 durch die Republik Polen und die Bundesrepublik Deutschland,

was der Frage nach dem Stand der deutsch-polnischen Kontakte zusätzliche Relevanz verleiht. Umso wichtiger ist es, auch in diesem Jubiläumsjahr eine Befragung im Rahmen der Reihe „Deutsch-Polnisches Barometer“ durchzuführen. Seit Jahren gibt diese repräsentative Meinungsumfrage Aufschluss darüber, wie die Menschen aus Deutschland und Polen übereinander denken und den Zustand der bilateralen Beziehungen bewerten. In diesem Jahr haben wir uns angesichts der oben skizzierten Ereignisse dazu entschieden, neben dem Zustand der gegenseitigen Beziehungen auch die europäische Politik und einige globale Fragen genauer in den Blick zu nehmen.

Gleichwohl haben die pandemiebedingten Einschränkungen auch die Durchführung der Datenerhebung erschwert. Die im Rahmen des Barometers bisher verwendete CAPI-Methode, d. h. der persönlichen computergestützten Umfrage, bei welcher Interviewer die Befragung im Haushalt der Teilnehmer durchführen, ist aus pandemischen und organisatorischen Gründen in diesen Zeiten nicht ratsam. So entschieden wir uns, beim Deutsch-Polnischen Barometer 2021 die sog. CAWI-Methode anzuwenden, also eine Befragung eines Online-Panels durchzuführen. In unserem Fall waren dies in beiden Ländern jeweils 1.000 Personen im Alter von 18-75 Jahren, repräsentativ ausgewählt nach Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Wohnort. Angesichts der veränderten Methodik und der Begrenzung der Altersspanne der Teilnehmer entsprechend den Gegebenheiten in der onlinebasierten Forschung sind die Ergebnisse der diesjährigen Umfrage nur bedingt mit den Barometern früherer Jahre vergleichbar.

Traditionell analysieren wir die Ergebnisse daraufhin, ob sich die Antworten je nach Alter der Befragten (hierbei konzentrieren wir uns auf etwaige Unterschiede zwischen der jüngsten Gruppe der 18-24jährigen und den älteren Befragten), nach der Region des Wohnortes (wobei besonders nach Abweichungen bei den Bewohnern der deutsch-polnischen Grenzregionen geschaut wird) oder nach der Parteipräferenz unterscheiden.<sup>1</sup> Auch werden die statistischen Daten daraufhin geprüft, inwieweit sich die Bewertungen von Frauen und Männern unterscheiden. Hierbei stellte sich stets heraus, dass bei

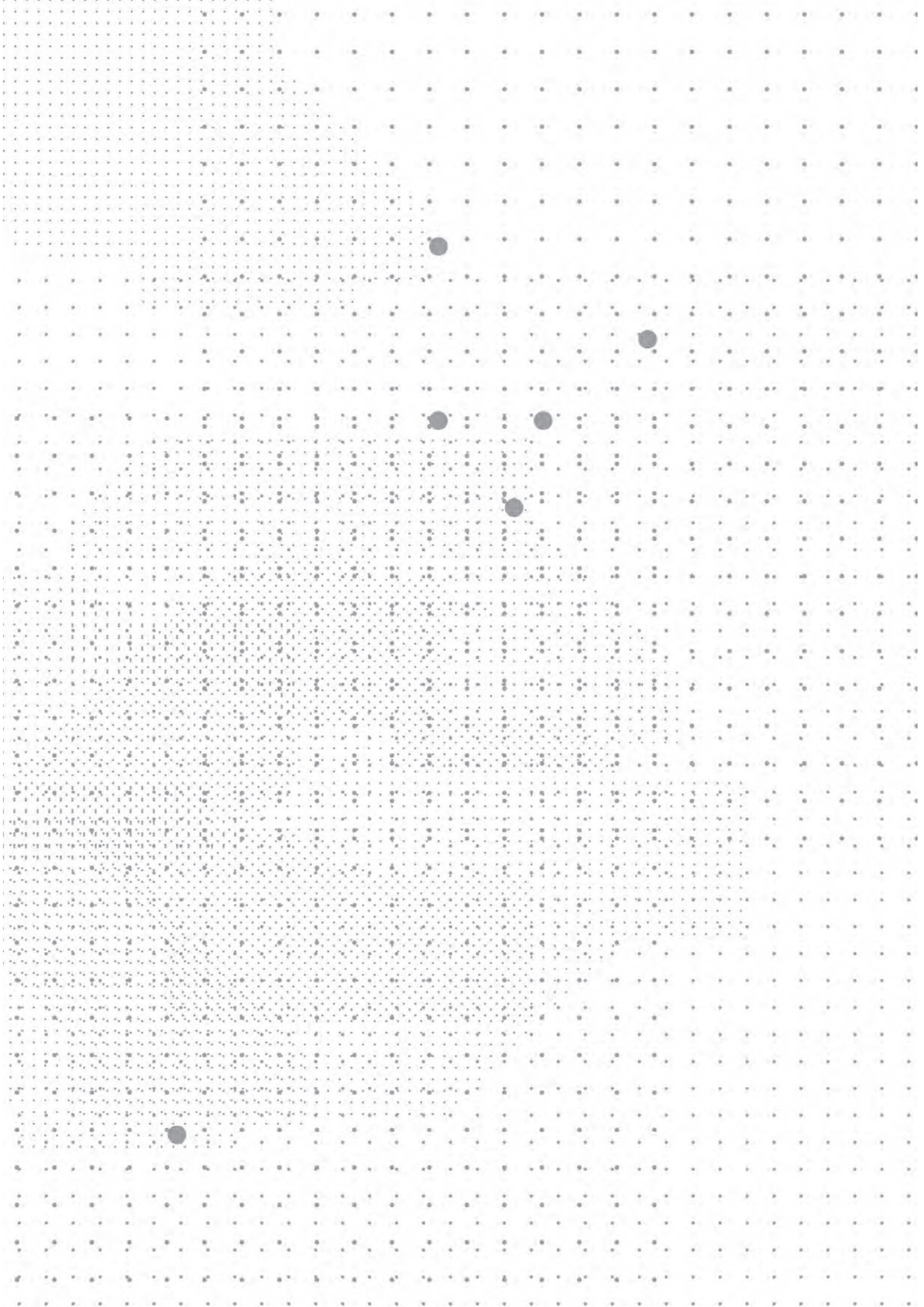
---

**1** Um Letzteres zu überprüfen, haben wir die sog. „Sonntagsfrage“ gestellt, d. h. gefragt, ob die Teilnehmer, wenn am nächsten Sonntag Wahlen stattfänden, ihre Stimme abgeben würden, und falls ja, für welche Partei. In Polen konnte man sich zwischen folgenden Parteien bzw. Parteibündnissen entscheiden:  
Recht und Gerechtigkeit bildet unter der Bezeichnung Vereinigte Rechte ein Regierungsbündnis mit den Parteien Verständigung und Solidarisches Polen,  
Polnische Koalition, deren stärkste Kraft die Polnische Volkspartei ist,  
Bürgerkoalition bestehend aus Bürgerplattform, Die Moderne, Initiative Polen, Grüne Partei,  
Konföderation,  
Die Linken bestehend aus Bündnis der Demokratischen Linken, Partei Frühling von Robert Biedroń und Partei Gemeinsam,  
Bewegung Polen 2050 wurde vom bis dahin parteilosen Präsidentschaftskandidaten Szymon Hołownia gegründet.

der Aufschlüsselung nach Geschlechtern kaum Unterschiede erkennbar sind, und diese Tendenz wurde auch diesmal bestätigt. Wenn wir Meinungen über die Gesellschaft des jeweiligen Nachbarlandes abfragen, meinen wir damit selbstverständlich immer alle Geschlechter, eben die ganze Gesellschaft. Dahingehend benutzen wir, zwecks Erleichterung der Lektüre, die im Text sehr häufig verwendeten Begriffe wie „die Polen“, „die Deutschen“, „die Befragten“ und eben „Gesellschaft“ in geschlechtsneutralem Sinn.

All jene, die an Vergleichen der über die Jahre im Rahmen des „Barometers“ gesammelten Ergebnisse interessiert sind, laden wir ein, sich mit unseren Websites [www.deutsch-polnisches-barometer.de](http://www.deutsch-polnisches-barometer.de) bzw. [barometr-polska-niemcy.pl](http://barometr-polska-niemcy.pl) vertraut zu machen. Sie können dort selbst Daten zusammenstellen, Diagramme generieren und Veränderungen analysieren.





Deutsche und Polen schätzen den Zustand der bilateralen Beziehungen positiv ein. Als gut oder eher gut werden sie von 57% der Deutschen und 65% der Polen angesehen. Einen schlechten Zustand konstatieren ein Viertel der Deutschen und ein Fünftel der Polen (25% bzw. 20%). Der Anteil der polnischen Befragten, die den Zustand der Beziehungen als gut erachten, sank um sieben Prozentpunkte, der Anteil derer, die sie als schlecht einschätzen, stieg um sechs Prozentpunkte.

In gutem Zustand sehen die deutsch-polnischen Beziehungen 65% der Deutschen und 57% der Polen

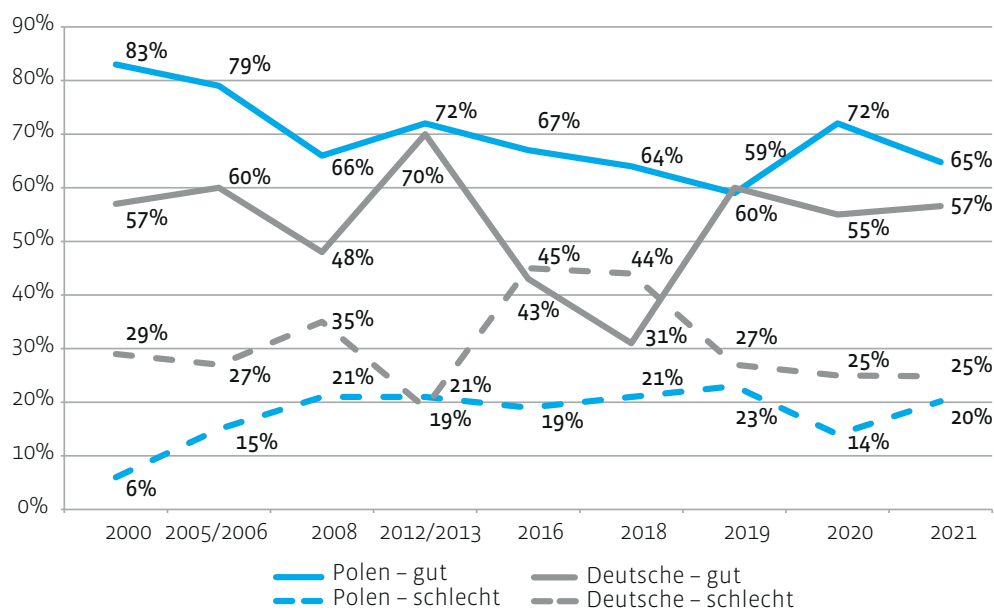


Abbildung 1:  
Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen? Antworten der Polen und der Deutschen in den Jahren 2000-2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

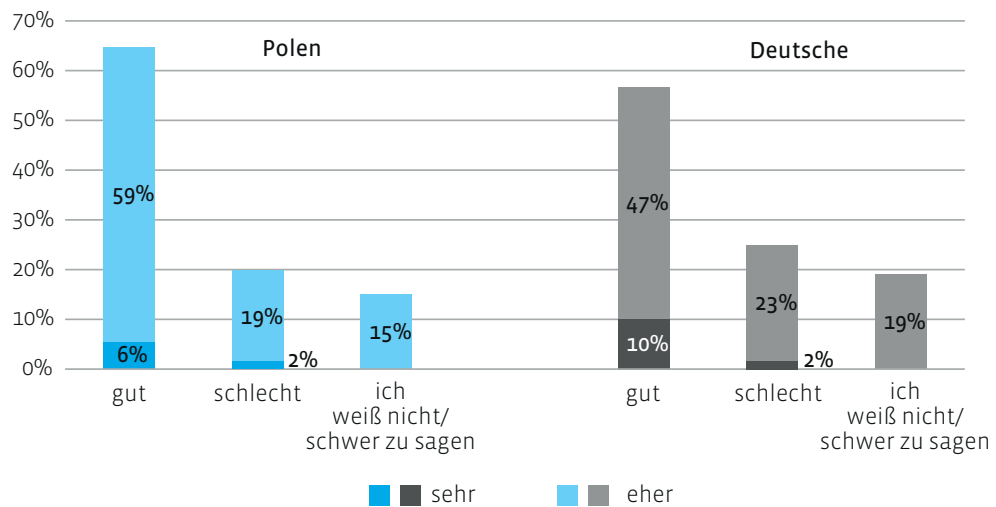
Die Analyse der detaillierten Ergebnisse zeigt, ähnlich wie in den letzten Jahren, einen außergewöhnlich kleinen Anteil an polnischen Befragten, die die Beziehungen als sehr schlecht bewerten (2%). Auch der Wert der sehr guten Einschätzungen ist über die Jahre stabil geblieben (4-6%). Schwankungen sind festzustellen in den Gruppen derjenigen Befragten, die die Beziehungen als „eher gut“ und „eher schlecht“ einschätzen.

In Polen wird der Zustand der Beziehungen von den Einwohnern der an Deutschland grenzenden Regionen zu einem größeren Anteil (77%) positiv gesehen als in der übrigen Bevölkerung (62%). Die jüngeren Befragten, d. h. die Altersgruppen von 18-24 Jahren und 25-44 Jahren, bewerten die Beziehungen positiver als die älteren der Altersgruppen von 45-64 Jahren und 65-75 Jahren (72% bzw. 78% gegenüber 65% bzw. 59%). Was die Parteipräferenz angeht, unterscheiden sich bei dieser Frage die Anhänger der Bewegung Polen 2050 von

Szymon Hołownia mit 73% positiven Einschätzungen deutlich von den Anhängern der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (62%) und der – aus den Parteien Bürgerplattform, Die Moderne, Initiative Polen und Die Grünen bestehenden – Bürgerkoalition (61%).

Abbildung 2:  
Wie bewerten Sie den  
Zustand der deutsch-  
polnischen Beziehungen?  
Antworten der Polen und  
der Deutschen im Jahr  
2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.



Auf deutscher Seite ist der Wert der Einschätzungen, wonach die Beziehungen sehr schlecht sind, ähnlich wie in Polen, auf niedrigem Niveau stabil (2-3%). Dagegen ist der Anteil jener Befragten, die den Zustand der Beziehungen als sehr gut bewertet, um vier Prozentpunkte gestiegen. Ein Fünftel der Deutschen, und somit ein höherer Anteil als auf Seiten der Polen, hat keine Meinung zum Zustand der gegenseitigen Beziehungen.

Auch die Antworten der deutschen Befragten unterscheiden sich nach dem Alter. Die jüngeren Altersgruppen – 18-24 Jahre und 25-44 Jahre – sehen die Beziehungen positiver (66% bzw. 69%) als die 45-64jährigen und 65-75jährigen (51% bzw. 37%). Parteipräferenz und Wohnort haben keinen nennenswerten Einfluss auf die Einschätzungen zu dieser Frage, auch nicht der Umstand, ob ein Befragter in den westdeutschen oder den ostdeutschen Bundesländern lebt.

## Gründe für die positive Beurteilung des Zustands der Beziehungen

Um zu verstehen, warum die Befragten den Zustand der Beziehungen positiv oder negativ bewerten, haben wir sie nach den Gründen für ihre Einschätzung gefragt. Als Hauptgrund für eine positive Bewertung erwies sich bei Deutschen und Polen die Ansicht, dass beide Länder gemeinsame wirtschaftliche Interessen haben. Diese Antwort gaben 42% der deutschen und 54% der polnischen Befragten. Der am zweithäufigsten genannte Grund sind die mannigfachen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bemühungen um eine Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen. Darauf verwiesen fast

Der Hauptgrund für eine  
positive Bewertung der  
gegenseitigen Beziehungen  
sind bei Deutschen und Polen  
die übereinstimmenden  
wirtschaftlichen Interessen

doppelt so viele deutsche wie polnische Befragte (27% bzw. 14%). Das mag an den in den vergangenen zwei Jahren in Deutschland geführten Debatten um die deutschen Verbrechen und das Leid der Polen im Zuge des Zweiten Weltkriegs liegen, die aufgrund der runden Jahrestage der Geschehnisse von 1939, 1944 und 1945 intensiver waren als zuvor. Auch die damit einhergehenden politischen Initiativen könnten den Eindruck einer lebendigen Aussöhnungsarbeit verstärkt haben. Ende Oktober 2020 verabschiedete der Deutsche Bundestag eine Resolution, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, das Projekt für einen Erinnerungs – und Begegnungsort zum Gedenken an die polnischen Opfer unter deutscher Gewaltherrschaft voranzutreiben. Dies nicht zuletzt mit dem Ziel, einen Rahmen zu schaffen zur Verbreitung einer besseren Kenntnis der polnischen Geschichte. Die Diskussionen um ein Konzept für diesen Ort wurden zwar auf fachpolitischer Ebene geführt, in Teilen der Öffentlichkeit aber durchaus wahrgenommen. Die häufige Nennung der Aussöhnungsinitiativen als Grund für den guten Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen kann aber auch unabhängig von diesen aktuellen Bezügen einfach mit der in Deutschland allgemein stark vertretenen Ansicht zu tun haben, dass es seit langem Aussöhnungsbemühungen gab, es sie heute immer noch gibt und sie ihre Wirkung nicht verfehlen.

Relativ ähnlich bewerten Deutsche und Polen den Einfluss beider Regierungen auf den guten Zustand der Beziehungen. Die deutschen Befragten gaben etwas häufiger einen positiven Einfluss der deutschen Regierung an (13%) als die polnischen (11%), wohingegen auf beiden Seiten der Grenze jeweils 8% der Befragten von einem positiven Einfluss der polnischen Regierung ausgingen.

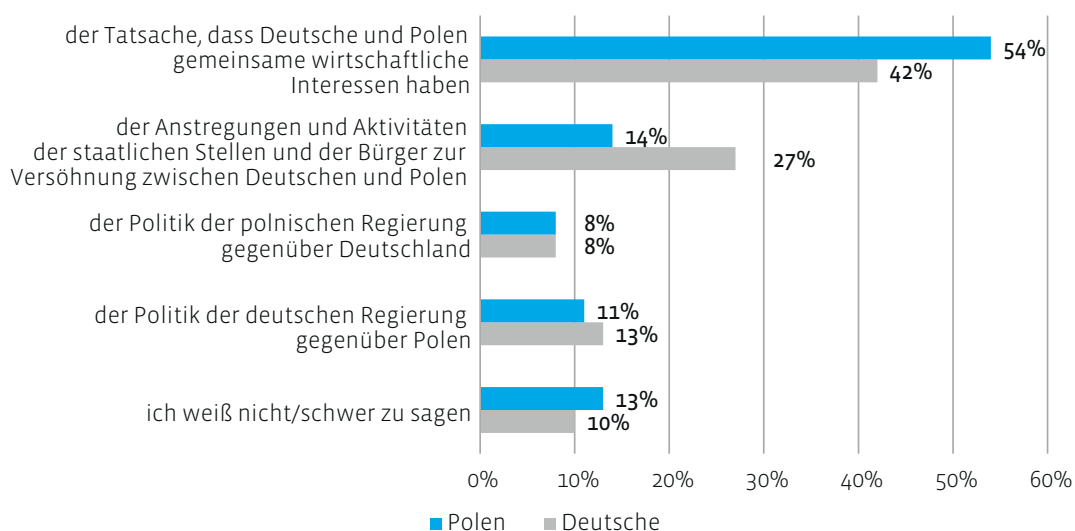


Abbildung 3:  
Sie haben die polnisch-deutschen Beziehungen als gut bezeichnet. Dies ist in erster Linie das Ergebnis... Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

Auf polnischer Seite unterscheiden sich die Antworten merklich entsprechend der Parteipräferenz. Verdienste der deutschen Regierung um gute Beziehungen zum Nachbarland werden häufiger von den Anhängern der opposi-



tionellen Gruppierungen Polnische Koalition (22%), Bürgerkoalition (15%) und Konföderation gesehen als von jenen der regierenden PiS (5%). Umgekehrt ist dieser Zusammenhang ebenfalls festzustellen: die Antwort, dass die polnische Regierung zu gut-nachbarschaftlichen Beziehungen beiträgt, wird häufiger von PiS-Anhängern gegeben als von Wählern der oppositionellen Bürgerkoalition (1%), der Linken (3%) und der Bewegung Polen 2050. Auch das Alter hat Einfluss auf die Antworten der Befragten. Die Gruppen der Älteren – 45-64 Jahre und 65-75 Jahre – nennen häufiger (62% bzw. 74%) die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen als die Jüngeren, sprich Vertreter der 18-24jährigen und 25-44jährigen (46% bzw. 45%).

Auf deutscher Seite unterscheiden sich die Antworten weder nach Wohnort noch nach Parteienpräferenz. Einzig die jüngste Altersgruppe sticht heraus mit einer im Vergleich mit den älteren Befragten besonders häufigen Nennung der Politik der Bundesregierung (27%).

### Gründe für die schlechte Beurteilung des Zustands der Beziehungen

Die Hälfte der Befragten, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als schlecht erachten, begründet dies mit der Politik der polnischen Regierung gegenüber Deutschland

Die Hälfte der Befragten, die den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen als schlecht erachten, begründet dies mit der Politik der polnischen Regierung gegenüber Deutschland (Deutsche zu 49%, Polen zu 52%). Alle weiteren Begründungen werden viel seltener und von Deutschen und Polen in unterschiedlichem Ausmaß genannt. So glaubt ein knappes Viertel der polnischen Befragten, die die Beziehungen negativ bewerten, dafür sei die Bundesregierung mit ihrer Politik gegenüber Polen verantwortlich (23%). Dies sind noch nicht einmal halb so viele Befragte, wie jene, die die polnische Regierung für die schlechten Beziehungen verantwortlich machen. Von den deutschen Befragten, die die Beziehungen als negativ erachten, nennen lediglich 6% das Handeln der eigenen Regierung als Ursache. Unterschiedliche wirtschaftliche Interessen sind in beiden Befragtengruppen der am dritthäufigsten genannte Grund für die schlechten Beziehungen (19% der Deutschen, 14% der Polen). In beiden Ländern herrscht somit die Meinung vor, dass die Wirtschaft mehr verbindet als trennt. Erst am Ende der Skala von Begründungen stehen die schwierigen Erfahrungen der gemeinsamen Geschichte. Bemerkenswerterweise geben die polnischen Befragten diesen Grund seltener an (12%) als die deutschen (17%), obwohl eine seit Jahren anhaltende antideutsche Rhetorik der polnischen Regierung die traumatischen Aspekte dieser Nachbarschaft in den Vordergrund rückt.

Bleibt die Frage, was die Befragten konkret dazu veranlasste, die polnische Regierung für den als schlecht empfundenen Zustand der Beziehungen verantwortlich zu machen. Auf polnischer Seite spielt – nicht überraschend – die Parteipräferenz eine große Rolle. Von den Anhängern der Oppositionsparteien geben 89% der Parteigänger der Bürgerkoalition, 97% der Linken und 58% der

Bewegung Polen 2050 der Regierung die Schuld an den schlechten Beziehungen. Unter Anhängern der regierenden PiS hingegen wird diese Auffassung nur von 5% der Befragten geteilt. In Deutschland spielt die Parteipräferenz bei dieser Frage keine Rolle.

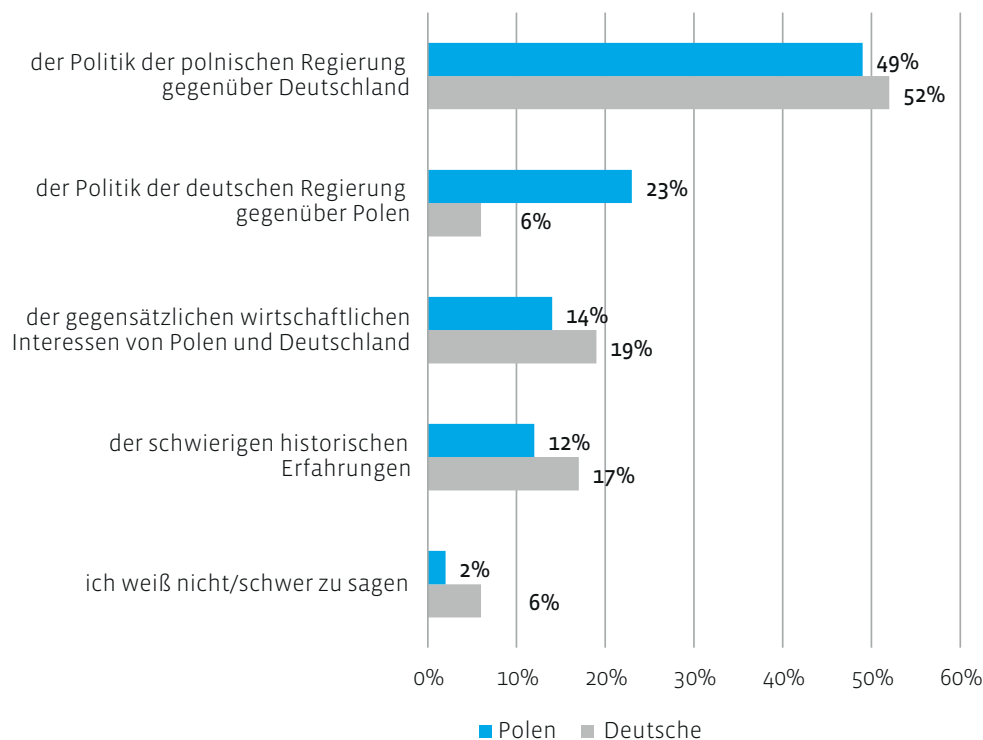


Abbildung 4:  
Sie haben die polnisch-deutschen Beziehungen als schlecht bezeichnet. Dies ist in erster Linie das Ergebnis... Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

Die Schuldzuweisungen an die polnische Regierung für schlechte Beziehungen zwischen Deutschland und Polen lassen sich wohl auch mit den Ereignissen des letzten Jahres rund um die Corona-Krise erklären. Im Frühjahr 2020 veranlasste die Regierung angesichts erster vereinzelter Corona-Fälle im Land die Schließung der Grenzen. Dies ging einher mit einer zweiwöchigen Quarantänepflicht für Rückkehrer und großen Schwierigkeiten für berufstätige und studierende Grenzpendler und wurde in den Medien als problematisch für die deutsch-polnischen Beziehungen beschrieben.<sup>2</sup> Befürchtungen gab es vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Kooperation, da hier Lieferketten unterbrochen wurden. Gleichzeitig wurde deutlich, wie ungenügend die Kommunikationskanäle zwischen deutschen und polnischen Behörden sind angesichts der zu lösenden pandemiebedingten Probleme im grenzüberschreitenden Verkehr. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit unsere Befragten von den oben beschriebenen Vorgängen wussten und sich bei der Beantwortung davon leiten ließen. Als Anhaltspunkt hierzu kann die Auswertung der Presseberichterstattung in beiden Ländern vom Frühjahr 2020 dienen, welche ge-

<sup>2</sup> Die deutsche Regierung hat die Grenzen nicht geschlossen, sondern ein Hygienekonzept eingeführt, in dessen Rahmen Grenzgängern weitgehende Bewegungsfreiheit ermöglicht wurde.

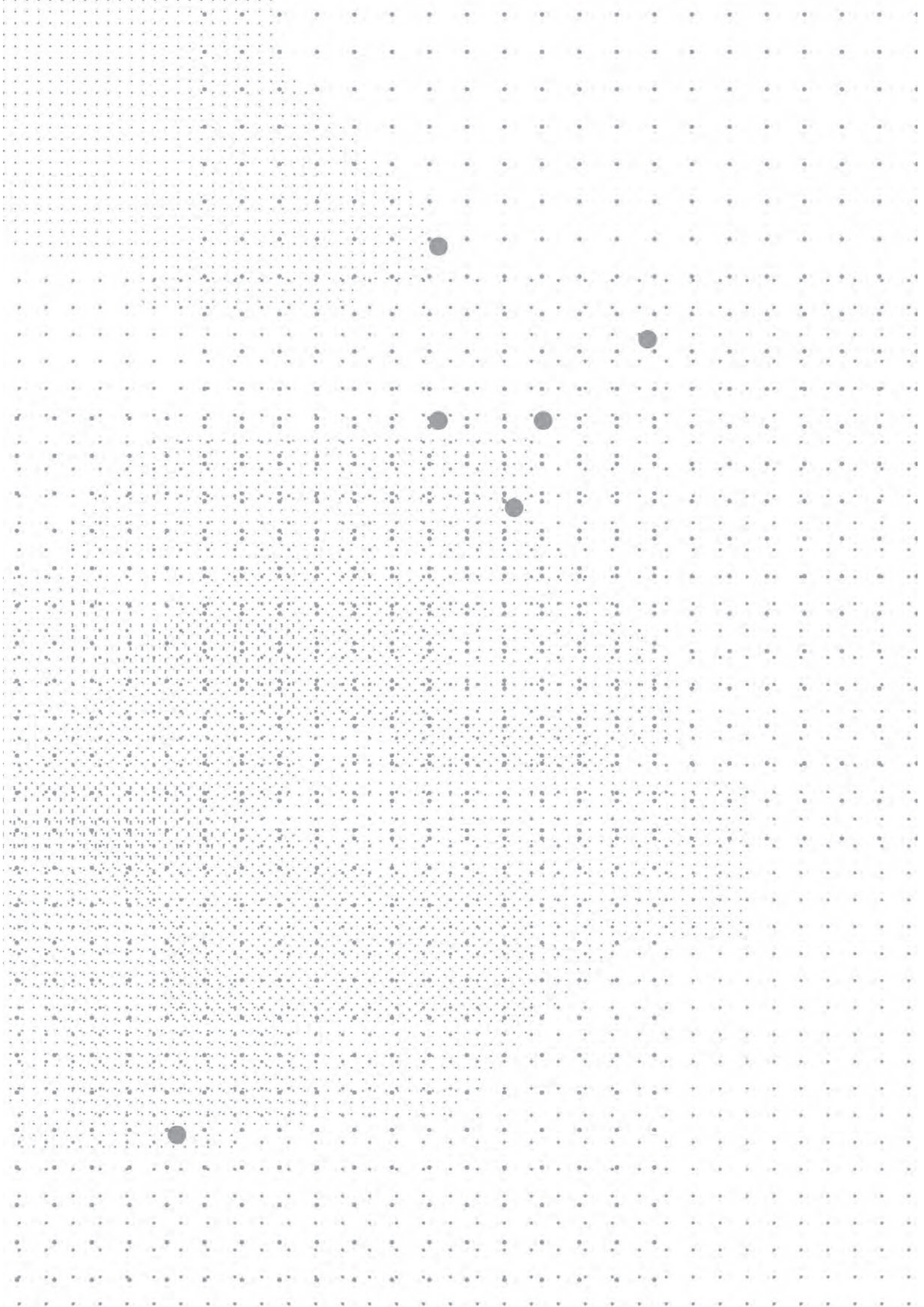
zeigt hat, dass über das Thema Grenzschießung vor allem in der polnischen Presse berichtet wurde, was dafür spräche, dass die polnischen Befragten davon beeinflusst wurden; womit im Rahmen des Barometers wieder einmal die These bestätigt würde, dass mediale Berichterstattung einen Einfluss auf die Wahrnehmung hat.<sup>3</sup> Andererseits waren diese Ereignisse des Frühjahrs 2020 zum Zeitpunkt der Befragung im Winter 2021 doch bereits ziemlich lange her. Sofern man sich die Daten daraufhin anschaut, ob die Befragten aus den von der Grenzschießung besonders betroffenen Grenzregionen auf diese Frage anders geantwortet haben als der Rest der Befragten, stellt man auf polnischer Seite keinen Unterschied fest. Auf deutscher Seite machte hingegen ein deutlich größerer Anteil der Befragten aus den östlichen Bundesländern (16%), und noch ein etwas größerer aus den an Polen grenzenden Bundesländern (17%) die eigene Regierung für die schlechten Beziehungen verantwortlich; unter Befragten aus den westlichen Bundesländern beläuft sich der vergleichbare Anteil auf lediglich 4%.

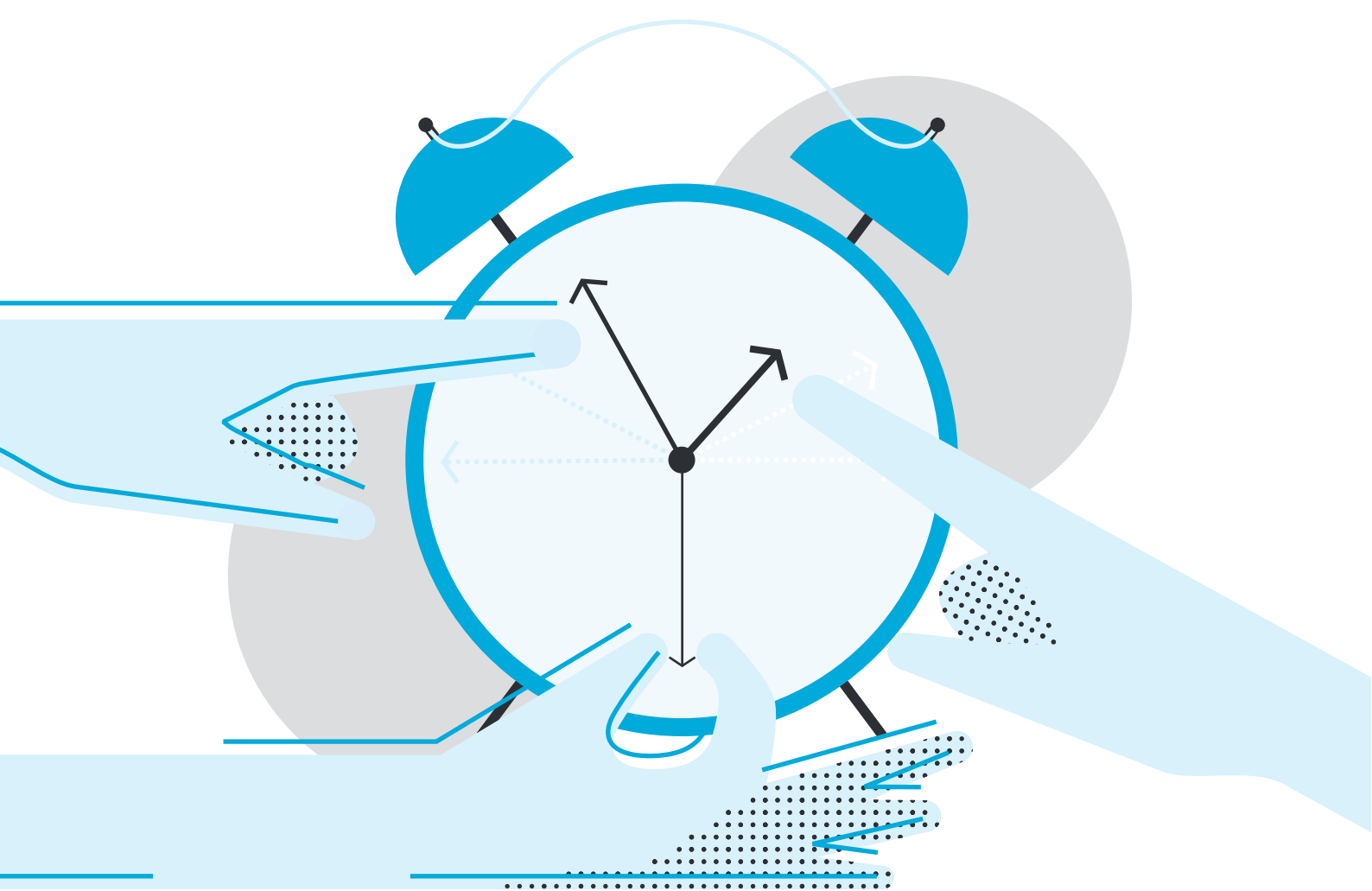
Auf deutscher Seite könnten die EU-Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen ein Thema gewesen sein, das die polnische Regierung in ein schlechtes Licht rückte. Die polnische Androhung eines Vetos drohte ein Verhandlungsergebnis zu kippen, welches unter Federführung der deutschen Ratspräsidentschaft zustande gekommen war. Indirekt könnte dies folglich auch die deutsch-polnischen Beziehungen belasten.

In diesen wie in anderen Fällen entsteht aus einem solchen Ereignis ein Bild, ein Image, welches als einer von vielen Faktoren die Meinungsbildung bestimmt.

---

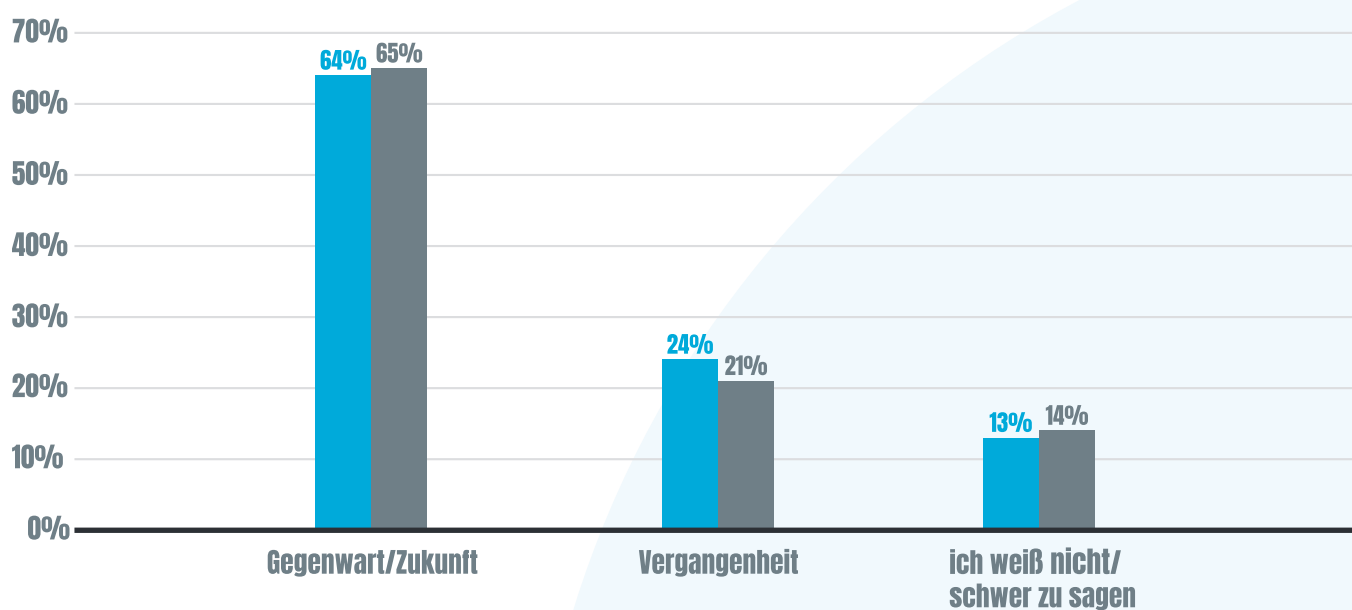
**3** Vgl. Agnieszka Łada, Bastian Sendhardt, Das Bild der Krise. Wie die deutsche und polnische Presse im ersten Halbjahr 2020 über das Nachbarland berichtete, Deutsches Polen-Institut/Instytut Spraw Publicznych, Darmstadt/Warschau 2021.





## Sollte man sich in den Beziehungen mit Deutschland/Polen eher auf Gegenwart und Zukunft oder eher auf die Vergangenheit konzentrieren?

Antworten der Polen und der Deutschen 2021



Polen  
Deutsche



## Prioritäten in den gemeinsamen Beziehungen – Vergangenheit versus Zukunft



Im Juni 2021 begehen wir den 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. In der Präambel dieses Dokuments betonen beide Seiten ihr „Bestreben, die leidvollen Kapitel der Vergangenheit abzuschließen“, und das Bewusstsein „ihrer gemeinsamen Interessen und ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau eines neuen (...) Europa“. Und so stellt sich in diesem Jubiläumsjahr der Vertragsschließung mehr denn je die Frage, ob man in beiden Gesellschaften eher dazu neigt, sich auf Fragen der Gegenwart und Zukunft zu konzentrieren oder eher auf jene nach der Vergangenheit. Im Jahr 2021 sind Deutsche und Polen sich mehrheitlich einig (65% bzw. 64%), dass man sich in den gegenseitigen Beziehungen auf Gegenwart und Zukunft und nicht auf die Vergangenheit konzentrieren sollte.

Deutsche und Polen sind sich mehrheitlich einig (65% bzw. 64%), dass man sich in den gegenseitigen Beziehungen auf Gegenwart und Zukunft und nicht auf die Vergangenheit konzentrieren sollte

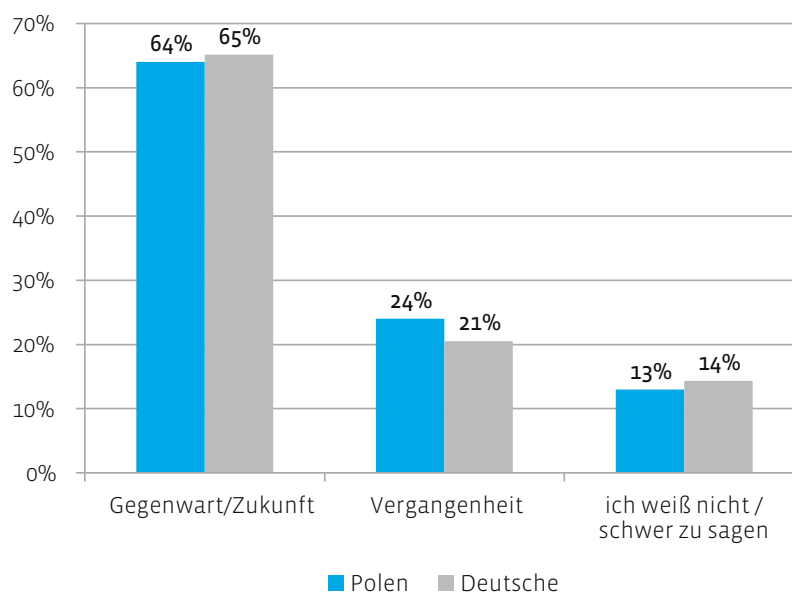


Abbildung 5:  
Sollte man sich in den Beziehungen mit Deutschland/Polen eher auf Gegenwart und Zukunft oder eher auf die Vergangenheit konzentrieren?  
Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2021.

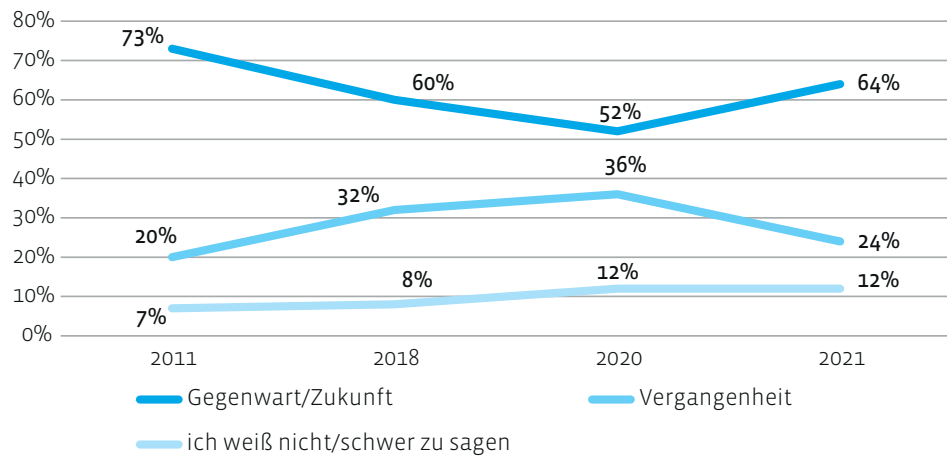
Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

Auf polnischer Seite haben sich die Meinungen zu diesem Thema seit dem vergangenen Jahr merklich gewandelt. Der Anteil der Befragten, die hier auf die Gegenwart und Zukunft verweisen, stieg um zwölf Prozentpunkte. Der Anteil derer, denen die Beschäftigung mit der Vergangenheit besonders wichtig ist, ging in gleichem Maße zurück. Diese Veränderung kann verschiedene Gründe haben. So wurden im ersten Jahr der Pandemie aktuelle Fragen beson-

ders drängend. Die Polen konnten sozusagen „live“ erleben, wie notwendig es sein kann, bei der Lösung aktueller Probleme mit dem wichtigsten Nachbarn zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig sind die in den Vorjahren im öffentlichen Diskurs sehr präsenten geschichtspolitischen Debatten in den Hintergrund gerückt, einfach deshalb, weil alle Akteure mit der Bearbeitung der Pandemiefolgen beschäftigt waren.

Abbildung 6:  
Sollte man sich in  
den Beziehungen mit  
Deutschland eher  
auf Gegenwart und  
Zukunft oder eher auf  
die Vergangenheit  
konzentrieren? Antworten  
der Polen in den Jahren  
2011-2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.

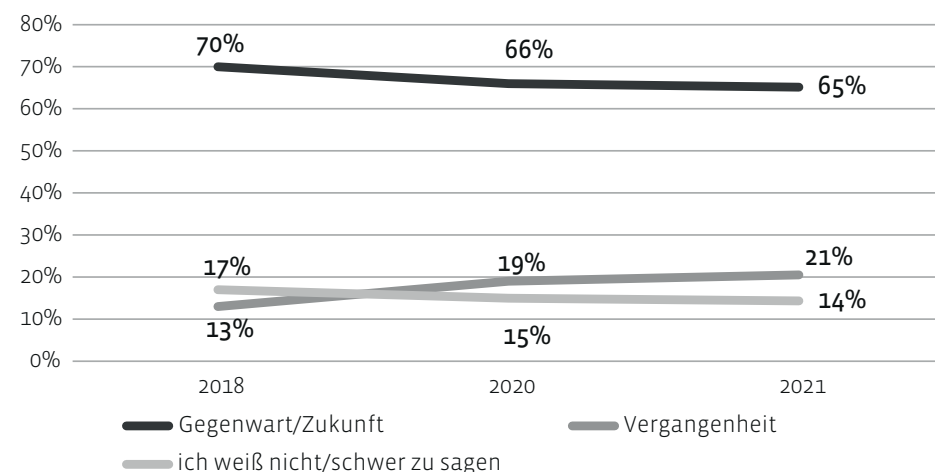


In den Beziehungen mit den Deutschen lieber auf die Vergangenheit konzentrieren würde sich ein wesentlich höherer Anteil der Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit (59%) als jene der Polnischen Koalition (21%), der Bewegung Polen 2050 (17%), sowie der Bürgerkoalition und der Linken (beide 8%).

Auf deutscher Seite haben die oben beschriebenen Umstände keine Trendwende bewirkt. Der Anteil derer, die angeben, man solle sich in den deutsch-polnischen Beziehungen zuvorderst mit der Vergangenheit beschäftigen, ist seit einigen Jahren auf niedrigem Niveau leicht ansteigend.

Abbildung 7:  
Sollte man sich in den  
Beziehungen zu Polen  
eher auf Gegenwart  
und Zukunft oder eher  
auf die Vergangenheit  
konzentrieren? Antworten  
der Deutschen in den  
Jahren 2018-2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.



Den höchsten Anteil an Gegenwarts- und Zukunftsinteressierten gibt es unter den Wählern der liberalen Partei FDP (90%). Zur Vergangenheit tendie-

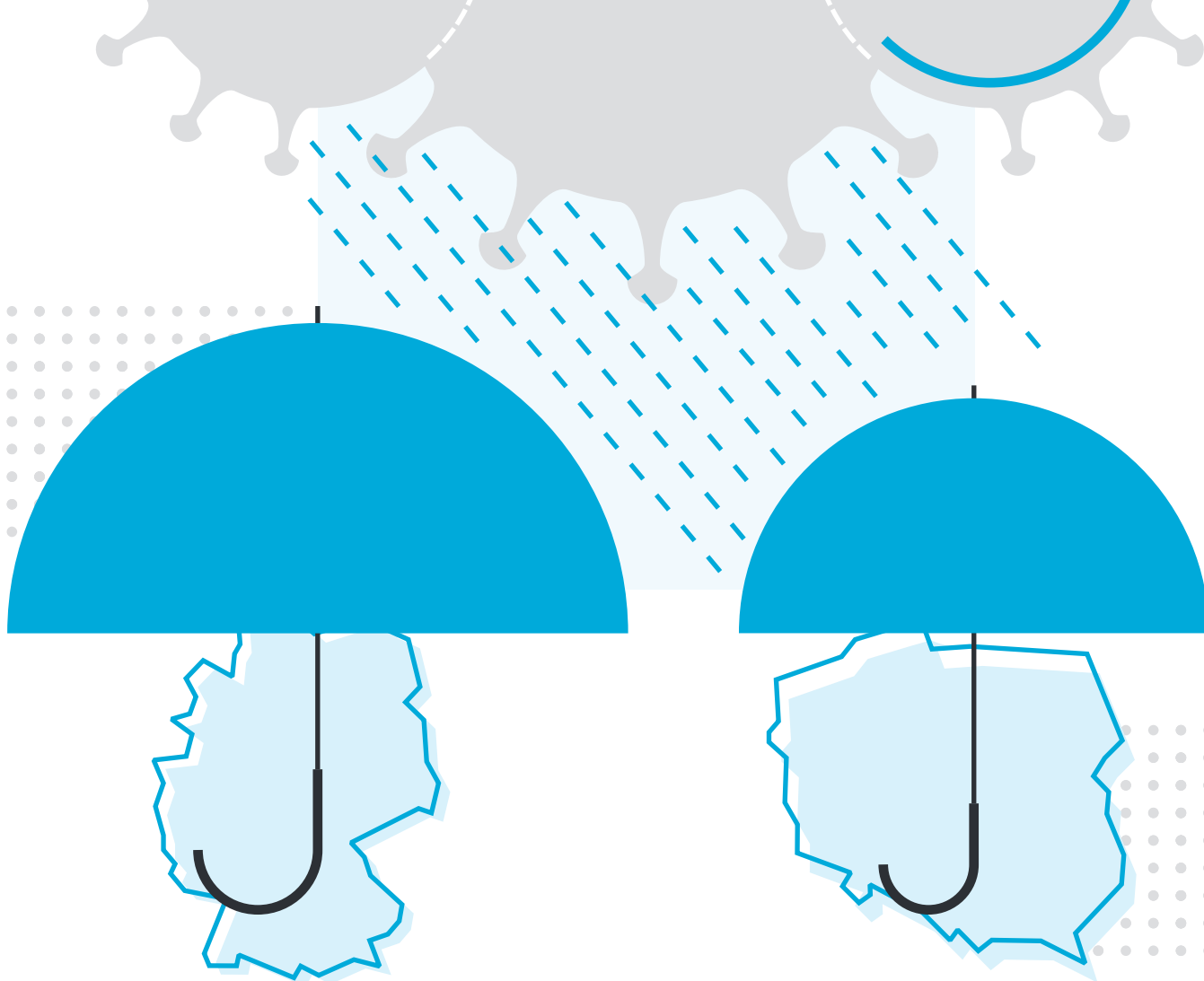
ren eher stärker die Einwohner Ostdeutschlands als Befragte aus westdeutschen Regionen (27% zu 19%).

Weder unter Deutschen noch Polen lässt sich eine wechselseitige Beziehung zwischen den Antworten auf die obige Frage und der allgemeinen Einschätzung des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen erkennen. Vorhanden ist solch eine Relation zu obiger Frage jedoch bei Begründungen der Bewertung des Zustands der Beziehungen.

So machen Polen, die angeben, man solle sich in den Beziehungen zu Deutschland eher mit der Vergangenheit beschäftigen, viel häufiger (47%) die Bundesregierung für den schlechten Zustand der Beziehungen verantwortlich als dies auf Seiten derjenigen der Fall ist, die eine Beschäftigung mit Gegenwart und Zukunft befürworten (19%). Des Weiteren sind für Erstere häufiger die schwierigen historischen Erfahrungen eine Ursache der schlechten Beziehungen als für Letztere (24% gegenüber 7%). Und deutlich seltener geben Erstere an, der Grund für die schlechten Beziehungen sei das Verhalten der polnischen Regierung (4% gegenüber 72%).

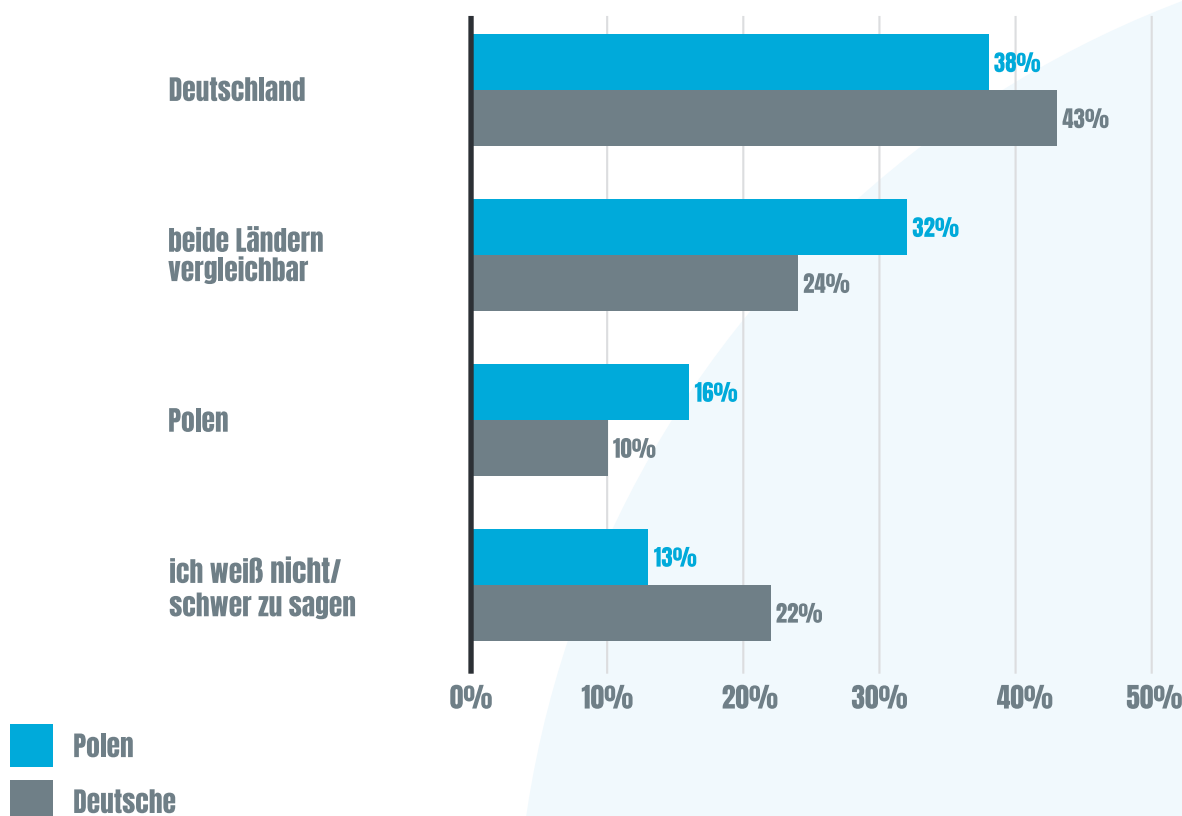
Auf deutscher Seite ist nur eine einzige solche wechselseitige Abhängigkeit auszumachen: Befragte, die in den Beziehungen mit Polen die Vergangenheit als wichtiger ansehen, glauben fast doppelt so häufig wie Gegenwarts- und Zukunftsorientierte, dass die Vergangenheit schwer auf den Beziehungen lastet (27% gegenüber 14%).





## Welches Land geht besser mit den Folgen der COVID-19/Coronavirus-Pandemie (gesundheitlichen, wirtschaftlichen und anderen) um?

Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2021



## Bewertung des Umgangs mit der Corona-Pandemie im Nachbarland



Im Jahr 2021 kommt man an der Frage der Beurteilung der Corona-Maßnahmen im Nachbarland nicht vorbei. Es geht hierbei um den Umgang mit der Pandemie, sowohl im Gesundheitswesen als auch bei der Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen, sowie um die Frage, welches der beiden Länder besser reagiert hat. Bei den Befragten beiderseits der Grenze schneidet Deutschland besser ab (Deutsche 43%, Polen 38%). Weniger als halb so viele der polnischen (16%) und ein vierfach geringerer Anteil der deutschen Befragten (10%) sehen Polen im Vorteil. Beide Länder gleichauf sehen etwa ein Viertel (24%) der deutschen und ein Drittel (32%) der polnischen Befragten. Überdurchschnittlich viele Deutsche (22%) geben an, keine Meinung zu dieser Frage zu haben.

Sowohl die deutschen als auch die polnischen Befragten sagen mehrheitlich, dass Deutschland die Corona-Krise besser meistert als Polen

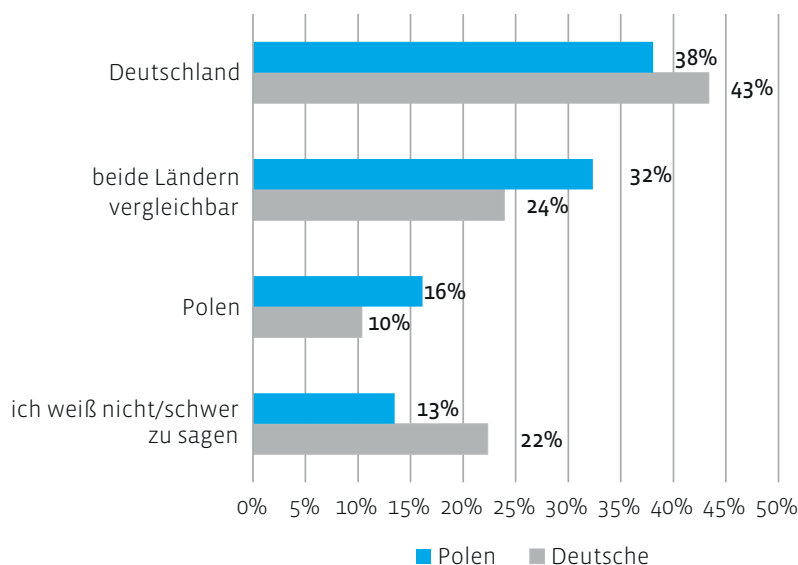


Abbildung 8:  
Welches Land geht besser mit den (gesundheitlichen, wirtschaftlichen und anderen) Folgen der COVID-19-/Coronavirus-Pandemie um? Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

Diese Antworten sind einerseits gebunden an die Einschätzungen der Maßnahmen der eigenen Regierung und andererseits an die Meinungen über das Nachbarland. Einen tieferen Einblick in dieses Thema geben zeitgleich in beiden Ländern durchgeführte Zufriedenheitsstudien zur Corona-Politik der Regierungen. Laut einer IBRIS-Umfrage für die Tageszeitung Rzeczpospolita war jeder zehnte Pole mit dem Krisenmanagement der Regierung zufrieden.

Ein knappes Drittel sieht eher ein Missmanagement.<sup>4</sup> Diese Verteilung der Antworten stimmt mit unserer Barometer-Umfrage überein; auch im Hinblick darauf, dass die Polen selten angeben, ihrem Land ginge es in der Pandemie besser als dem Nachbarn. Ein Grund für die relativ schlechte Beurteilung der eigenen Regierung könnte auch in dem tief in der polnischen Gesellschaft verankerten Glauben liegen, dass der deutsche Staat gut geführt wird und Probleme effektiv zu lösen imstande ist. Ein solches Deutschlandbild, die grundständig positive Einschätzung der Funktionstüchtigkeit des deutschen Staatswesens, ergibt sich aus den Assoziationen vieler Polen mit Deutschland, die im Deutsch-Polnischen Barometer 2020 eingehend untersucht wurden. Der Anteil der Polen, die der Ansicht sind, dass Polen ebenso gut oder schlecht wie Deutschland durch die Pandemie kommt, ist allerdings auch nicht viel kleiner (38% gegenüber 32%).

Zur Interpretation dieser Daten lohnt ein Blick in die mediale Berichterstattung aus der Zeit der ersten Welle der Pandemie. Die polnische Presse widmete der Schilderung der Situation in Deutschland einige Aufmerksamkeit, beschrieb das Vorgehen der Regierung, Erfolge und Misserfolge, berichtete vom Lob der Experten und den effektiven Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft, aber auch von den zu Tage tretenden Mängeln im Gesundheitssystem und den Protesten der sog. Corona-Gegner gegen die eingeführten Beschränkungen. Die Darstellung war somit recht facettenreich, wodurch bei einigen Befragten der Eindruck entstanden sein könnte, dass beide Länder die Lage ähnlich meistern.

Die oben beschriebenen Bewertungen lassen sich auch anhand der Parteipräferenzen der Befragten erläutern. Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit bekunden wesentlich häufiger (43%), dass Polen besser in der Pandemie regiert wird, als Wähler der Oppositionsparteien (Bürgerkoalition und Linke zu je 4%, Bewegung Polen 2050 zu 5%). Entsprechend teilen die Ansicht, dass Deutschland besser durch die Corona-Krise komme, vor allem Anhänger der Bürgerkoalition (63%) und der Linken (69%), weniger dagegen die Wähler der Polnischen Koalition (35%), der Konföderation (25%) und der regierenden PiS (8%). Polnische Befragte, die in der Nähe der Grenze zu Deutschland leben, beantworten diese Frage nicht anders als andere.

In Deutschland sind die Zustimmungswerte für die Regierung gemeinhin etwas höher als in Polen; im Zeitraum der Barometerumfrage fielen sie jedoch im Vergleich zum Vormonat. Anfang März waren 50% der befragten Deutschen mit der Arbeit des Kabinetts Merkel zufrieden. Aber schon in der Bewertung einzelner Teilbereiche, wie der Organisation der Impfungen, der Information der Öffentlichkeit oder dem Zuschnitt des Schutzschirms für die Wirtschaft, bröckelte die Zustimmung, lagen die Negativbewertungen zwischen 65%

---

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.tokfm.pl/Tokfm/7,171710,26863603,polacy-uwazaja-ze-rzad-nie-najlepiej-radzi-sobie-z-pandemia.html> (dt.: „Polen glauben, dass die Regierung mit der Pandemie nicht gut zurechtkommt“).

und 74%. Das muss aber nicht heißen, dass diejenigen, die die Bundesregierung kritisieren, die Meinung vertreten, es laufe in Polen besser. Doch diese Meinung gibt es, und zwar am häufigsten vertreten unter den Anhängern der Alternative für Deutschland mit 33%; was nicht verwundert, hat sich diese Partei doch die Fundamentalkritik an der Corona-Politik der Bundesregierung wie keine andere auf die Fahnen geschrieben. Befragte, die der Meinung sind, Deutschland sei in der Pandemie besser regiert, finden sich naturgemäß am häufigsten unter den Wählern der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD (61% bzw. 55%). Der Wohnort der deutschen Befragten spielt für die Beantwortung dieser Frage keine Rolle.

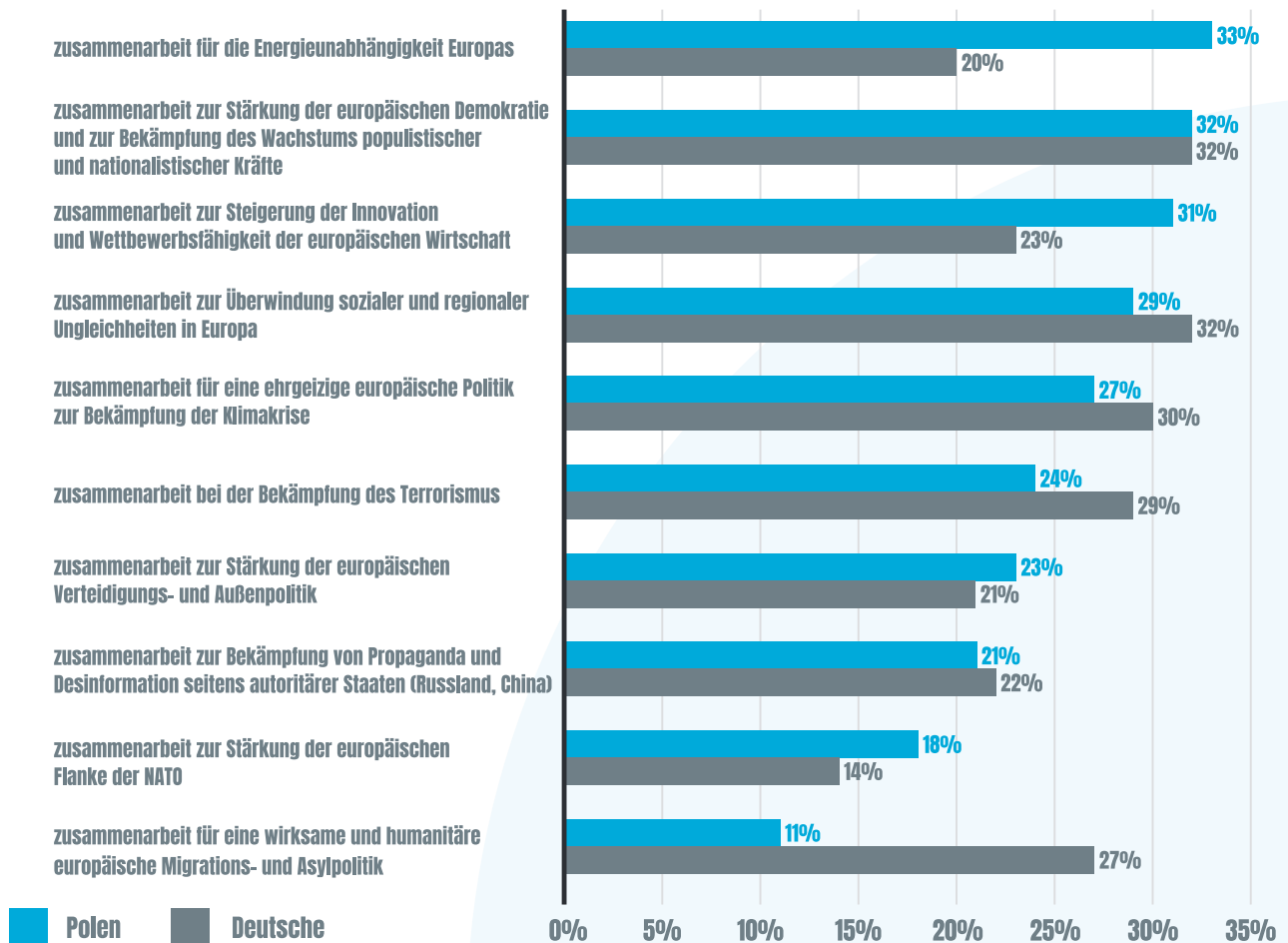
Generell scheint auf Seiten der deutschen Befragten ein ambivalentes Polenbild durch. Wie in der umfassenden Studie zu diesem Thema im Deutsch-Polnischen Barometer 2020 gezeigt wurde, sind negative Bewertungen der Funktionsweise des polnischen Staates zwar relativ selten; doch allzu positiv fallen die diesbezüglichen Meinungen auch nicht aus. Vielmehr herrscht Unsicherheit und wohl auch Unwissenheit vor, werden Bewertungen aus der Mitte der Skala gewählt, viele Fragen zu Einzelbereichen des öffentlichen Lebens gar nicht beantwortet.

Die Analyse der deutschen Presseberichterstattung des ersten Halbjahres 2020 zeigt außerdem, dass das Bild Polens in der Pandemie geprägt war vom Thema des laufenden Präsidentschaftswahlkampfes und der versuchten Verlegung des Wahltermins. Vor allem das Verhalten der regierenden Partei wurde sehr negativ dargestellt. Auch dies könnte die Einschätzungen der Deutschen zum polnischen Regierungshandeln beeinflusst haben.



## In welchen Bereichen sollen Polen und Deutschland sehr eng zusammenarbeiten?

Antworten der Polen und der Deutschen im Jahr 2021





Die Pandemie-Situation in ihrer ganzen Komplexität kann durchaus auch Einfluss haben auf die von Deutschen und Polen getroffene Auswahl der Bereiche, in denen sie sich eine enge Zusammenarbeit beider Länder wünschen. Deutsche und Polen favorisieren diesmal größtenteils unterschiedliche Kooperationsfelder, von denen maximal drei ausgewählt werden konnten. Auf deutscher Seite teilen sich den ersten Rang die Zusammenarbeit zur Überwindung sozialer und regionaler Ungleichheiten in Europa sowie zur Stärkung der europäischen Demokratie und Bekämpfung des Anstiegs populistischer und nationalistischer Kräfte (jeweils 32%). Dahinter folgen die Zusammenarbeit für eine ehrgeizige Klimapolitik (30%) und die Bekämpfung des Terrorismus (29%). Die Polen wünschen sich am häufigsten eine Zusammenarbeit zugunsten der Energieunabhängigkeit Europas (33%), gefolgt von der Stärkung der europäischen Demokratie und Bekämpfung des Erstarkens populistischer und nationalistischer Kräfte (32%) und der Steigerung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft (31%). Bei einer Priorität gibt es demnach eine Überschneidung, während darüber hinaus deutliche Unterschiede zu erkennen sind. Besonders groß sind die Differenzen beim Thema europäische Energiepolitik (13 Prozentpunkte bei Polen) und der Migrations- und Asylpolitik (16 Prozentpunkte bei Deutschen). Das verwundert nicht, denn beide Bereiche sind traditionell wichtige Themen, sowohl in der Politik als auch im öffentlichen Diskurs, werden aus sehr unterschiedlichen nationalen Blickwinkeln betrachtet, erfordern aber gleichwohl gemeinsames europäisches Handeln. Die Energiesicherheit ist für Polen Teil seiner sicherheitspolitischen Staatsräson. Der Bau der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream wirft daher die Frage der europäischen Solidarität im Energiebereich auf. Deutschland, das eines der Hauptzielländer der in Europa ankommenden Migranten ist, hat ein großes Interesse an gesamteuropäischen Lösungen in diesem Bereich. Auch einige andere, nicht ganz so deutliche Unterschiede in der Priorisierung sind nicht überraschend. Die Deutschen sind etwas engagierter in Sachen Klimapolitik (30% gegenüber 27%), während den Polen aufgrund ihrer geografischen Lage die Stärkung der europäischen Flanke der NATO wichtig ist (18% gegenüber 14%). Gemeinsame Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sind den Deutschen wichtiger (29% gegenüber 24%), da internationale Themen, einschließlich des globalen Terrorismus, in den deutschen Medien generell präsenter sind als in den polnischen. Auch die konkrete Bedrohung des eigenen Landes spielte in Deutschland in den letzten Monaten eine größere Rolle; zuletzt aufgrund von Informationen über russische Hacker-

angriffe auf behördliche Netzwerke oder des Terroranschlags in Hanau am 19. Februar 2020.

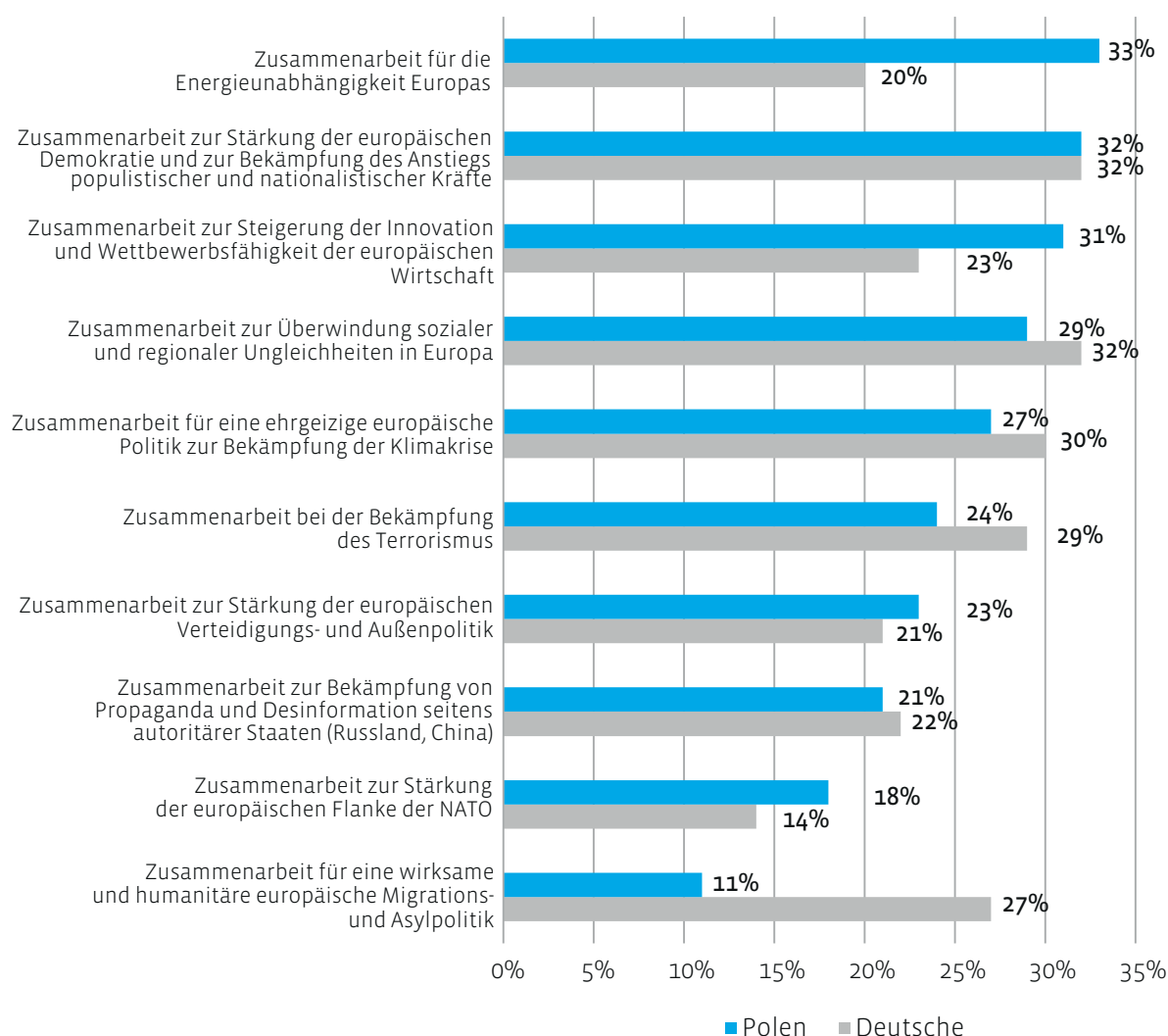


Abbildung 9:  
In welchen Bereichen  
sollen Polen und  
Deutschland sehr eng  
zusammenarbeiten?  
Antworten der Polen und  
der Deutschen  
im Jahr 2021.

Es konnten maximal drei Antworten ausgewählt werden.

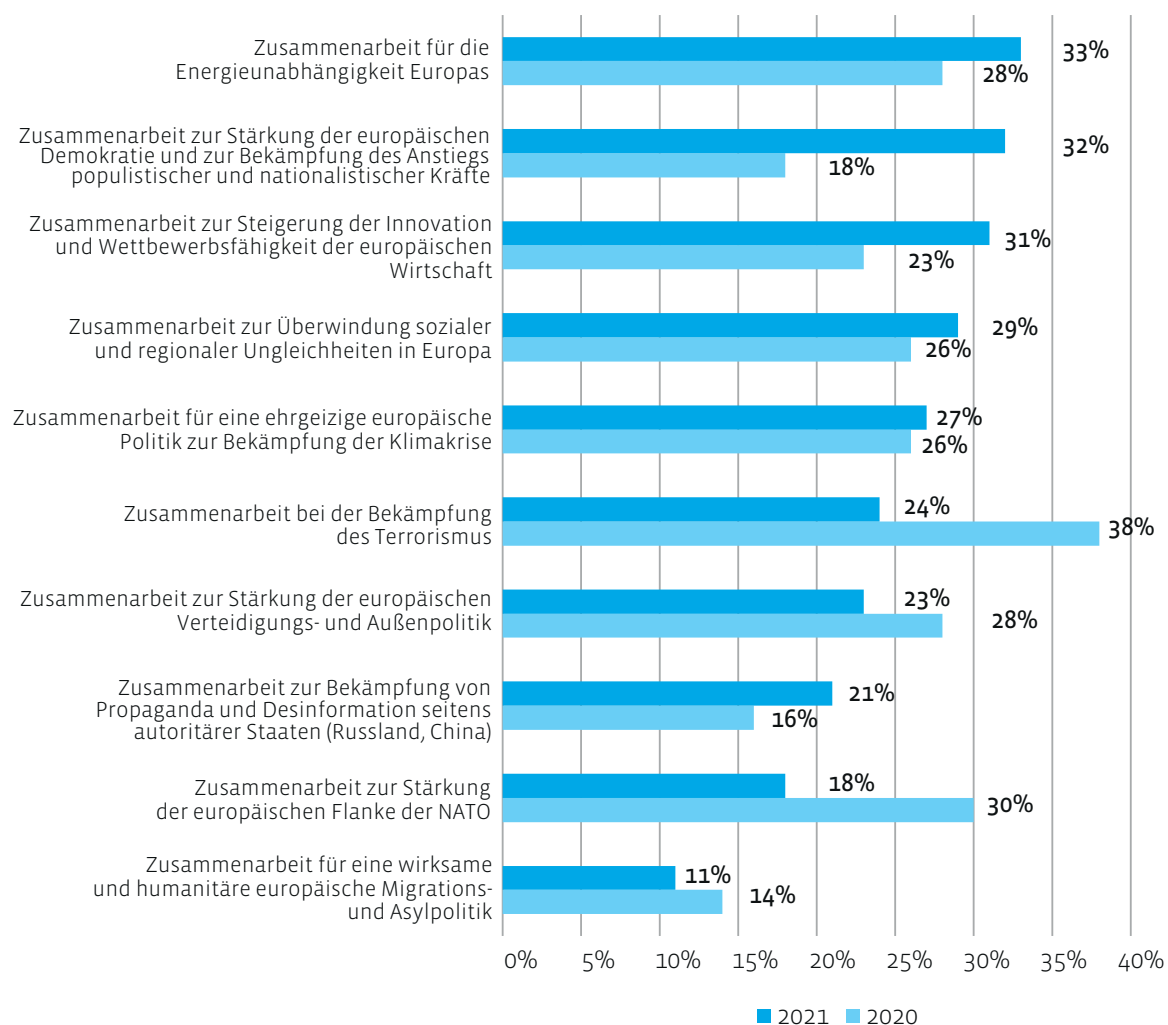
Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.

Ein Jahr Pandemie führte in Deutschland wie in Polen zu Veränderungen betreffend die priorisierten Kooperationsbereiche. Angesichts der bestehenden Corona-Situation und der damit verbundenen Besorgnisse verweisen die Polen deutlich seltener auf die Notwendigkeit einer Kooperation zur Terrorismusbekämpfung als vor Jahresfrist (zuvor 38%, jetzt 24%) oder zur Stärkung der europäischen NATO-Flanke (zuvor 30%, jetzt 18%) und für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik (zuvor 28%, jetzt 23%). Diese Themen sind von der politischen Agenda so gut wie verschwunden und die Gefahren, die mit ihrer Vernachlässigung – sei es als europäischer oder nationaler Ansatz – einhergingen, verschwimmen angesichts der enormen pandemiebedingten Herausforderungen. So ist es nicht überraschend, dass eine Zusammenarbeit mit Deutschland zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirt-

schaft hoch im Kurs steht (zuvor 23%, jetzt 31%). Das Vorgehen Russlands im Zusammenhang mit der Vergiftung und späteren Verhaftung des Oppositionellen Alexej Nawalny sowie Chinas intransparente Informationspolitik in Sachen SARS-CoV-2 ließ die Überzeugung der Polen reifen, dass gemeinsam mit Deutschland Maßnahmen erarbeitet werden sollten, um der Desinformation durch autoritäre Staaten entgegenzuwirken (zuvor 16%, jetzt 21%). Die Diskussion um die Anwendung US-amerikanischer Sanktionen gegen Firmen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind, und der anschließende Beschluss, den Bau der Pipeline fortzusetzen, gibt den Polen das Gefühl, dass Deutschland europäischen Energielösungen zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Schließlich haben die Diskussionen um die Rechtsstaatlichkeit in Polen den Anteil der Befragten anwachsen lassen, die eine Kooperation zwecks Stärkung der europäischen Demokratie wünschen. Diese Auffassung vertreten häufiger Wähler der Bürgerkoalition (53%), der Linken (53%) und der Bewegung Polen 2050 (43%) als Wähler der Partei Recht und Gerechtigkeit (18%).

Abbildung 10:  
In welchen Bereichen  
sollen Polen und  
Deutschland sehr eng  
zusammenarbeiten?  
Antworten der Polen in den  
Jahren 2020 und 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.



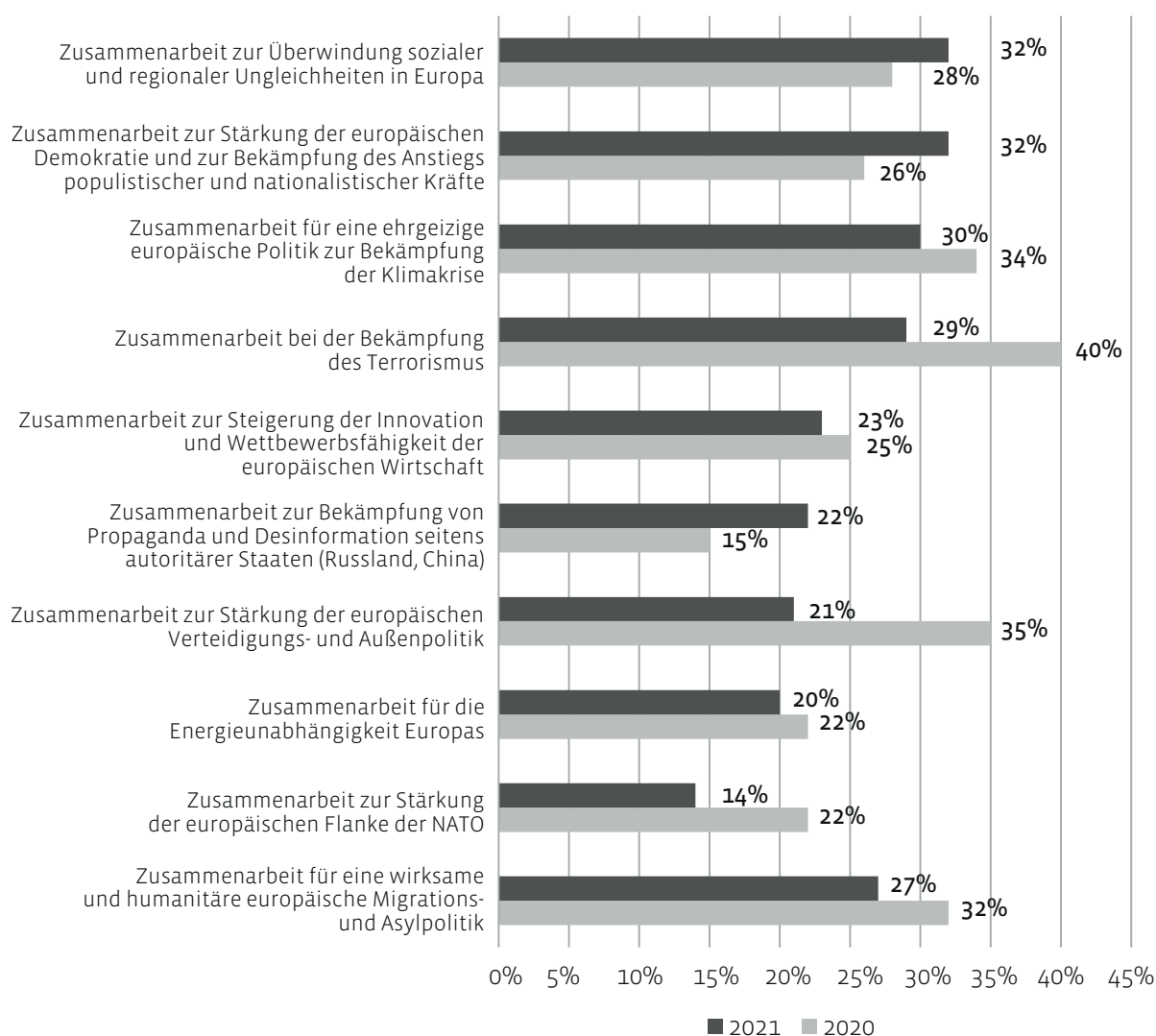
Es konnten maximal drei Antworten ausgewählt werden.



Auch an anderen Stellen zeigen sich typische Beispiele für die politische Polarisierung der polnischen Gesellschaft. PiS-Wähler (17%) sprechen sich seltener für eine kooperative Klimapolitik aus als Anhänger der Bürgerkoalition, der Linken und der Bewegung Polen 2050. Wähler der Linken sind besonders häufig (42%) für eine Zusammenarbeit zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit. Befürworter der Konföderation sind häufiger (50%) für die Stärkung der Innovationsfähigkeit der europäischen Wirtschaft als die Anhänger der Bürgerkoalition, der Linken und der Bewegung Polen 2050. Die Fragen nach einer Zusammenarbeit mit Deutschland auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung und der Energiepolitik unterscheiden die Befragten nicht entlang ihrer Parteipräferenz.

Abbildung 11:  
In welchen Bereichen  
sollen Polen und  
Deutschland sehr eng  
zusammenarbeiten?  
Antworten der Deutschen  
in den Jahren 2020 und  
2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.



Es konnten maximal drei Antworten ausgewählt werden.

Die Antworten in der Altersgruppe der Jüngsten unterscheiden sich bei einigen Themen. Polen im Alter von 18-24 Jahren befürworten häufiger eine Zu-

sammenarbeit zur Bekämpfung von sozialer Ungleichheit als ältere Befragte (38% gegenüber 27%). Umgekehrt verhält es sich beim Thema der Stärkung der europäischen Demokratie. Hierfür sprechen sich 34% der über 25jährigen aus, aber nur 20% aus der jüngsten Gruppe. Auch für die Schaffung einer europäischen Energieunabhängigkeit sprechen sich merklich häufiger Befragte über 25 Jahre aus als 15-24jährige (35% gegenüber 22%).

Einige Meinungsänderungen der deutschen Befragten bezüglich der als vorrangig anzusehenden Kooperationsfelder sind den polnischen Entwicklungen ganz ähnlich und wohl auch in gleicher Weise erklärbar. Dies betrifft die Bereiche Stärkung der europäischen Flanke der NATO (zuvor 22%, jetzt 14%), die europäische Verteidigungspolitik (zuvor 35%, jetzt 21%) und den Kampf gegen den Terrorismus (zuvor 40%, jetzt 29%). Auch der Wunsch nach Kooperation auf dem Gebiet der Migrationspolitik ist seltener als vor einem Jahr (zuvor 32%, jetzt 27%). Und die Zunahme des Anteils derer, die sich für eine Zusammenarbeit beim Kampf gegen die Propaganda autoritärer Staaten aussprechen (zuvor 15%, jetzt 22%), lässt sich ebenso erklären wie die vergleichbare Veränderung auf polnischer Seite.

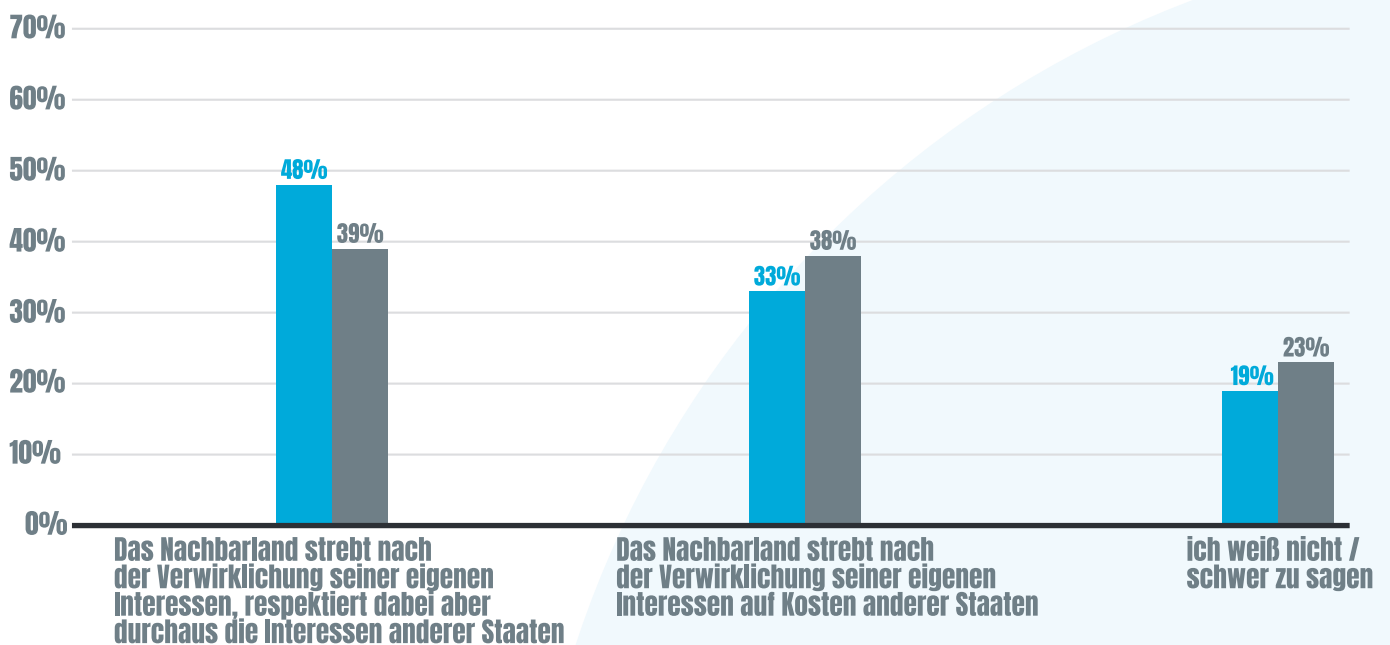
In manchen Fällen lassen sich die Meinungen der Befragten mit ihren politischen Ansichten sinnvoll in einen Zusammenhang bringen, und zwar dann, wenn die favorisierte Partei in einem gegebenen Themenfeld einen klaren, unterscheidbaren Standpunkt vertritt. Und so finden es Wähler der Linken viel seltener als andere Befragte notwendig, eine Zusammenarbeit für eine Stärkung der europäischen Flanke der NATO anzustreben (7%) oder eine europäische Sicherheitspolitik (8%), sprechen sich aber besonders häufig für eine Kooperation zur Überwindung sozialer und regionaler Ungleichheiten in Europa aus (43%). Anhänger der Liberalen befürworten hingegen vehementer als andere, gemeinsam etwas für die wirtschaftliche Innovationsfähigkeit zu tun (48%).

Auf deutscher Seite sprechen sich Befürworter der Alternative für Deutschland (AfD) vergleichsweise selten dafür aus, etwas zur Stärkung der europäischen Demokratie und gegen das Erstarken populistischer und nationalistischer Kräfte zu unternehmen (18%). Interessant ist auch, dass sich anhand der Frage der wünschenswerten Kooperationsbereiche in keinem Fall ein signifikanter Unterschied zwischen Christ- und Sozialdemokraten feststellen lässt. Auch das Alter der Deutschen macht bei dieser Frage keinen Unterschied. Ost- und Westdeutsche unterscheiden sich bei den Themen Stärkung der Europäischen Demokratie und Migrationspolitik. In diesen Bereichen möchten Westdeutsche deutlich häufiger kooperieren (34% und 30%) als Ostdeutsche (25% und 18%).



## Wie ist die Außenpolitik des Nachbarlandes zu bewerten?

Antworten der Polen und Deutschen im Jahr 2021



 Polen  
 Deutsche

Deutschland wird gemeinsam mit Frankreich als Motor der europäischen Integration wahrgenommen und gilt als der wichtigste Akteur in der EU. Auch Polen hat als eines der größten EU-Länder seit Beginn seiner Mitgliedschaft den Ehrgeiz, eine wichtige Rolle in der Europapolitik zu spielen. Im Deutsch-Polnischen Barometer fragen wir seit Jahren nach der Wahrnehmung der Europapolitik des anderen Landes, d. h. ob diese zu einer besseren Zusammenarbeit beiträgt oder eher die Spannungen innerhalb der EU verschärft.

### Die polnische Einschätzung der deutschen Europapolitik

Im Vergleich zu den Vorjahren ist 2021 der Anteil der polnischen Befragten, die glauben, dass die deutsche Europapolitik zu einer besseren Zusammenarbeit beiträgt, deutlich gesunken. Nur knapp die Hälfte der Befragten (49%) stimmt dieser Aussage zu, was den niedrigsten Wert seit Beginn unserer diesbezüglichen Befragungen bedeutet.

Der Anteil derer, die der Ansicht sind, dass Deutschland sogar zu einer Verschärfung der Konflikte auf europäischer Ebene beiträgt, ist im Vergleich zum Vorjahr gleich geblieben. Erhöht hat sich hingegen der Anteil derjenigen Befragten, die zu diesem Thema keine klare Meinung bekennen.

Die polnischen Einschätzungen der deutschen Europapolitik haben sich seit der Machtübernahme der Vereinigten Rechten (bestehend aus PiS sowie zwei kleineren Parteien) im Jahr 2015 stetig verschlechtert.

Die vorwiegend kritischen Äußerungen von Regierungspolitikern zur deutschen Europapolitik bilden sicherlich eine Hauptursache für diesen Trend. Insbesondere die aus Brüssel (vor allen seitens der Europäischen Kommission) geübte Kritik an den systematischen Verstößen gegen die Rechtsstaatsprinzipien durch die polnische Regierung wird vom polnischen Regierungslager – einschließlich der regierungsnahen Medien – häufig als von Deutschland inspiriert dargestellt.

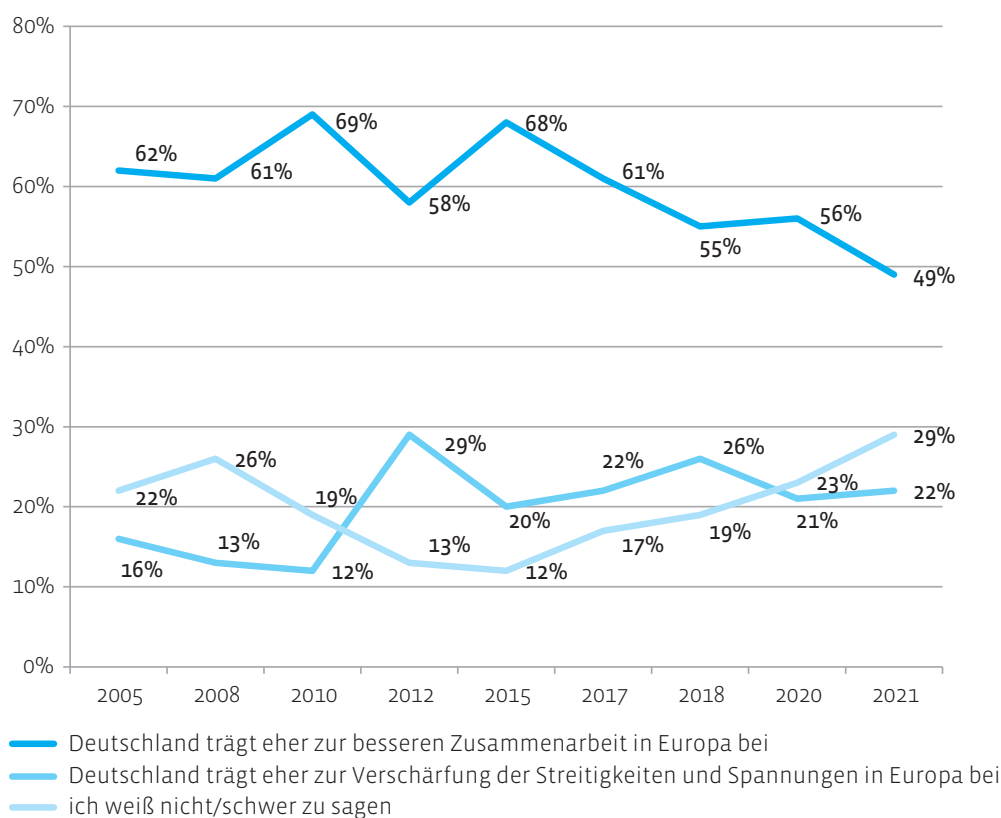
Die These von einem politisch motivierten Sinneswandel in der Bewertung der deutschen Europapolitik wird durch die deutlichen Unterschiede je nach Parteipräferenz der polnischen Befragten bestätigt. So vertreten die erklärten Anhänger der Regierungspartei PiS mit deutlicher Mehrheit (57%) die Auffassung, dass die deutsche Europapolitik Streitigkeiten und Spannungen in Europa eher verschärft. Am anderen Ende der

Nur die Hälfte der Polen glaubt, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt. Das ist die schlechteste Bewertung, seit wir diese Frage im Barometer stellen

Die Anhänger der Regierungspartei PiS glauben mehrheitlich (57%), dass die deutsche Politik Streitigkeiten und Spannungen in Europa eher verschärft

Abbildung 12:  
Wie ist die deutsche  
Europapolitik zu bewerten?  
Antworten der Polen in den  
Jahren 2005-2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.



Skala finden sich die Wähler der oppositionellen Bürgerkoalition, die in ihrer großen Mehrheit (80%) überzeugt sind, dass Deutschland zu einer besseren Zusammenarbeit in Europa beiträgt. Nicht ganz so deutlich positiv, aber in ähnlicher Weise, sehen es die Anhänger anderer Oppositionsparteien: die der Linken (75%), der Bewegung Polen 2050 von Szymon Hołownia (70%) sowie die der Polnischen Koalition (60%). Bei den Anhängern der beiden letztgenannten Gruppierungen liegt der Anteil der Kritiker der deutschen Europapolitik bei 14% bzw. 20%. Die einzige bedeutende Oppositionsgruppe, unter deren Anhängern eine deutschlandkritische Meinung vorherrscht (43%), ist die rechtsextreme und europaskeptische Konföderation; doch selbst unter deren Wählern findet sich – im Vergleich mit den PiS-Anhängern (19%) – ein höherer Anteil (29%) an Befragten, der die Europapolitik des Nachbarn positiv sieht.

Weder Alter noch Wohnort der polnischen Befragten beeinflussen statistisch gesehen deren Ansichten zur deutschen Europapolitik. Hingegen ist ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal die Auffassung der Befragten betreffend den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen im Allgemeinen. Diejenigen, die die Beziehungen in einem schlechten Zustand sehen, neigen relativ häufig dazu, die deutsche Europapolitik ebenfalls negativ zu bewerten. Auch die umgekehrte Korrelation ist feststellbar: Befragte, die die Europapolitik Deutschlands kritisch einschätzen, sehen auch die Beziehungen beider Länder in schlechtem Zustand.

Im Rahmen der aktuellen Umfrage baten wir – erstmals wieder seit 2015 – die Politik Deutschlands gegenüber anderen Ländern zu bewerten. Auch hier ist eine Verschlechterung der Bewertungen im Vergleich zu früheren Ergebnissen festzustellen. Derzeit stimmen nur 48% der Befragten der Behauptung zu, dass Deutschland seine Politik im Einklang mit den Interessen anderer Länder verfolge, während sich in früheren Studien meist die absolute Mehrheit der Polen zu dieser Aussage bekannten. Interessanterweise ist im Vergleich zur Umfrage von 2015 auch der Anteil jener gesunken, die der Ansicht sind, Deutschland trachte seine Interessen auf Kosten anderer zu verwirklichen. So ist der Rückgang an positiven Bewertungen auf einen Anstieg der unentschiedenen Meinungsäußerungen zurückzuführen. Es ist durchaus möglich, dass diese Veränderung der in diesem Jahr angewandten Erhebungsmethode geschuldet ist (siehe die Anmerkungen zur Methodik).

Nur noch 48% der Polen sind der Meinung, dass Deutschland seine Politik unter Achtung der Interessen anderer Länder verfolgt

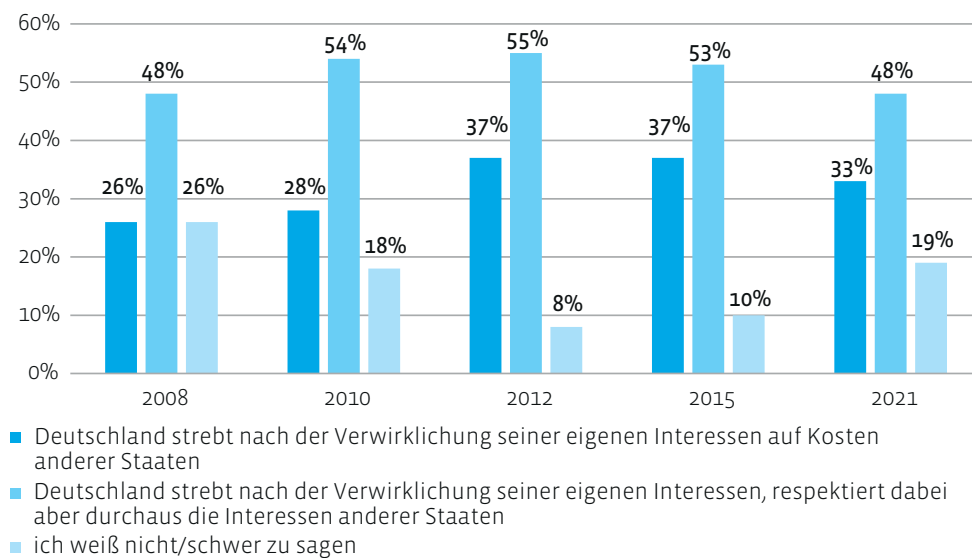


Abbildung 13:  
Wie ist die deutsche Außenpolitik zu bewerten?  
Antworten der Polen in den Jahren 2008-2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

Ähnlich wie im Kontext der vorherigen Frage hängen die Antworten auch an dieser Stelle vor allem von der Parteipräferenz der Befragten ab. Eine klare Mehrheit der Anhänger der PiS (72%) und der Konföderation (67%) glauben, dass Deutschland die Interessen anderer Länder missachtet, wohingegen 78% der Wähler der Bürgerkoalition und 74% der Wähler der Linken denken, dass in der deutschen Politik die Wahrung der Interessen anderer Länder angemessen viel Platz eingeräumt wird. Fast 60% der Wähler der Bewegung Polen 2050 sowie die Hälfte der Anhänger der Polnischen Koalition teilen diese Sicht ebenfalls, doch gibt es in diesen beiden Gruppierungen auch Anteile von etwa 30%, die der deutschen Politik eher nationalen Egoismus unterstellen.

## Die deutsche Einschätzung der polnischen Europapolitik

Die deutsche Einschätzung der polnischen Europapolitik hat sich im Laufe des letzten Jahres verbessert. Gesunken ist der Anteil jener Befragten, für die Polens EU-Politik eher zur Verschärfung der Streitigkeiten und Spannungen in Europa beiträgt (auf 38%). Der Anteil der Unentschiedenen ist seit 2020 erneut um einige Prozentpunkte gestiegen. Anders als die polnischen Meinungen zur deutschen Europapolitik, wo immer noch die positiven Bewertungen überwiegen, ergibt sich umgekehrt aus den Antworten der deutschen Befragten kein klares Bild.

Betreffend die Einschätzung der polnischen Europapolitik sind die Deutschen geteilter Meinung

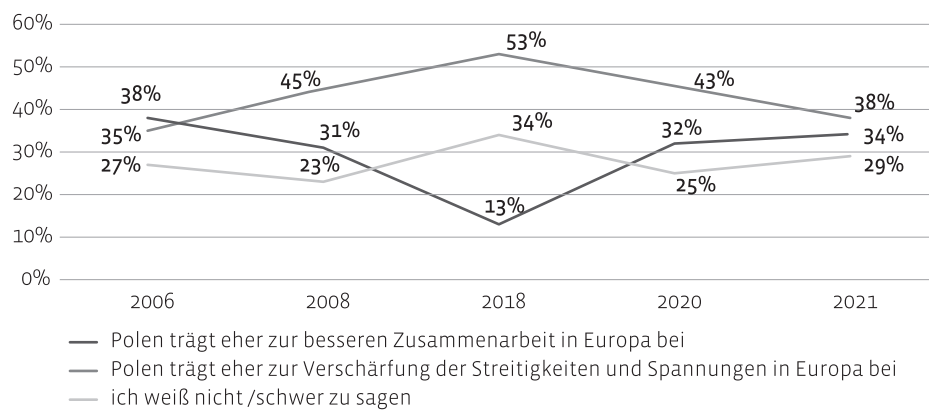


Abbildung 14:  
Wie ist die polnische  
Europapolitik zu bewerten?  
Antworten der Deutschen  
in den Jahren 2006-2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.

Die Wähler der wichtigsten deutschen Parteien sind in ihren Einschätzungen der polnischen Europapolitik in gleicher Weise gespalten wie die Gesamt-

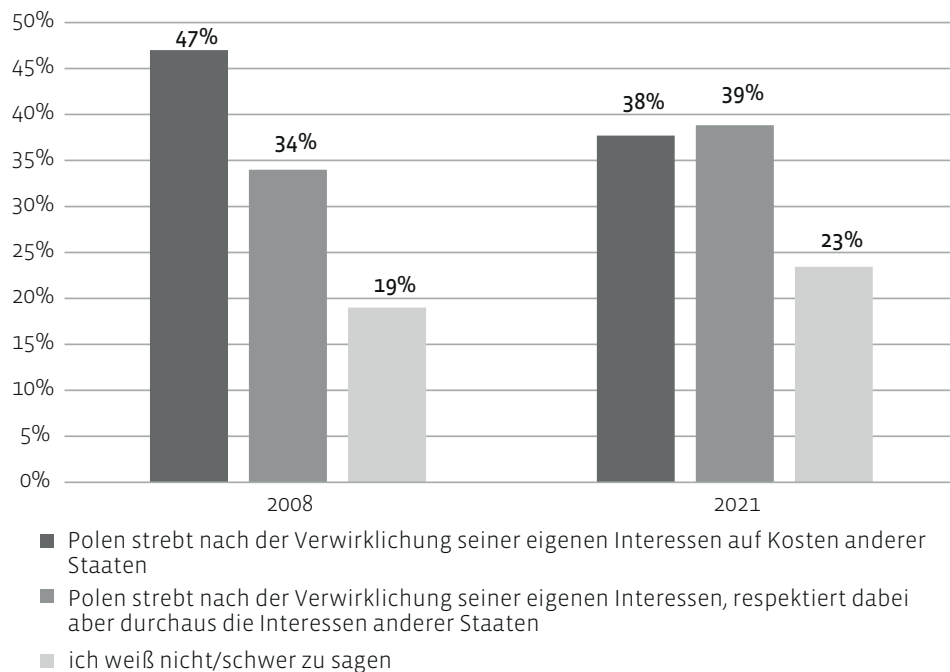


Abbildung 15:  
Wie ist die polnische  
Außenpolitik zu bewerten?  
Antworten der Deutschen  
in den Jahren 2008 und  
2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.

heit der Befragten. Nur die Anhänger der FDP stechen durch ihre besonders negative Einschätzung heraus. Und unter den Wählern der AfD wiederum ist eine besonders häufige Zustimmung zum Regierungshandeln im Nachbarland festzustellen.

Bezüglich der Frage, ob Polen in seiner Außenpolitik gewillt ist, die Interessen anderer Länder zu achten oder eher die eigenen Interessen auf Kosten anderer durchsetzt, ergibt sich aus den Antworten kein klares Meinungsbild. Ähnlich große Anteile der Befragten (jeweils knapp 40%) betrachten die polnische Diplomatie entweder als egoistisch oder als respektvoll im Umgang mit anderen Ländern. Gleichzeitig sieht sich fast ein Viertel aller Befragten nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten.

So geteilt wie in der Gesamtheit der Befragten geht es auch entlang der Parteipräferenzen zu. Die Anhänger von CDU/CSU, den Grünen, SPD und FDP nehmen überwiegend eine kritische Haltung zur polnischen Außenpolitik ein, aber bei keiner dieser Parteien erreicht dieser Wert die 50%-Marke. Etwa ein Drittel der Befürworter der genannten Parteien sieht die polnische Außenpolitik positiv. Die Wähler der Linken sind zu gleichen Teilen positiv bzw. negativ eingestellt. Und wie schon anlässlich der Frage nach der polnischen Europapolitik geben auch an dieser Stelle die Anhänger der AfD erneut die positivsten Einschätzungen ab (58%).

Im Ost-West-Vergleich der Einschätzung der Außen- und Europapolitik Polens sind die Einwohner der östlichen Bundesländer eher unkritischer als jene aus den westlichen Teilen des Landes. Befragte im Alter von über 45 Jahren stehen der polnischen Politik kritischer gegenüber als jüngere Befragte.

Die deutschen Bewertungen dieser polnischen Politikfelder fallen im Jahr 2021 deutlich positiver aus als im Jahr 2008, als die Erfahrungen mit der damaligen polnischen Europapolitik, kurz nach dem Beitritt des Landes zur EU und dem Widerstand gegen die Annahme der Europäischen Verfassung (die schließlich an Referenden in Frankreich und den Niederlanden scheiterte), in die Antworten einfließen. Zwar weicht die heutige polnische Europapolitik bisweilen immer noch vom Brüsseler Mainstream ab, wie z. B. mit der kürzlichen Androhung eines Vetos (gemeinsam mit Ungarn) gegen den EU-Haushalt, um den sog. „Rechtsstaatsmechanismus“ zu verhindern, durch welchen die Regierung ihre durchgeführten oder noch geplanten Reformen im Justizwesen gefährdet sieht. Aber die Deutschen scheinen sich bis zu einem gewissen Grad an diesen Politikstil der polnischen Regierung gewöhnt zu haben. Zieht man außerdem in Betracht, dass die negativen Einschätzungen zwar deutlich zurückgegangen, die positiven aber nicht in gleichem Maße angestiegen sind, sich somit auch hier der Anteil der Unentschiedenen erhöht hat, liegt der Schluss nahe, dass die deutsche Öffentlichkeit der polnischen Europapolitik heute weniger Bedeutung beimisst als im Jahr 2008. Denn seither hat die europäische Union andere, fundamentalere Krisen erlebt (u. a. die Eurokrise, die Flüchtlingskrise sowie den Brexit), sodass heute separatistische Tendenzen



einzelner Mitgliedstaaten nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit wie damals auf sich ziehen.

### Ansichten zu den deutschen Verteidigungsausgaben

Deutschland und Polen verfolgen in Bezug auf das in der Transatlantischen Allianz (NATO) vereinbarte Ziel, dass jeder Mitgliedstaat mindestens zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben bereitstellt, verschiedene Ansätze. Während Polen seit Jahren eifrig darum bemüht ist, dieses Ziel zu erreichen, hinkt Deutschland, trotz moderat gestiegenem Wehretat, mit seinen Bemühungen deutlich hinterher. Dies bot wiederholt Anlass zur Kritik sowohl aus den USA – besonders während der Präsidentschaft von Donald Trump – als auch seitens der polnischen politischen Klasse und Teilen der meinungsbildenden Medien. Trotzdem wird von deutscher Seite bisweilen argumentiert, dass ein deutlicher Anstieg der deutschen Rüstungsausgaben in Polen und anderswo Anlass zur Besorgnis sein könnte. Im diesjährigen Barometer haben wir die polnischen Befragten erneut um ihre Meinung zu einer möglichen Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben im Rahmen der NATO-Verpflichtungen gebeten.

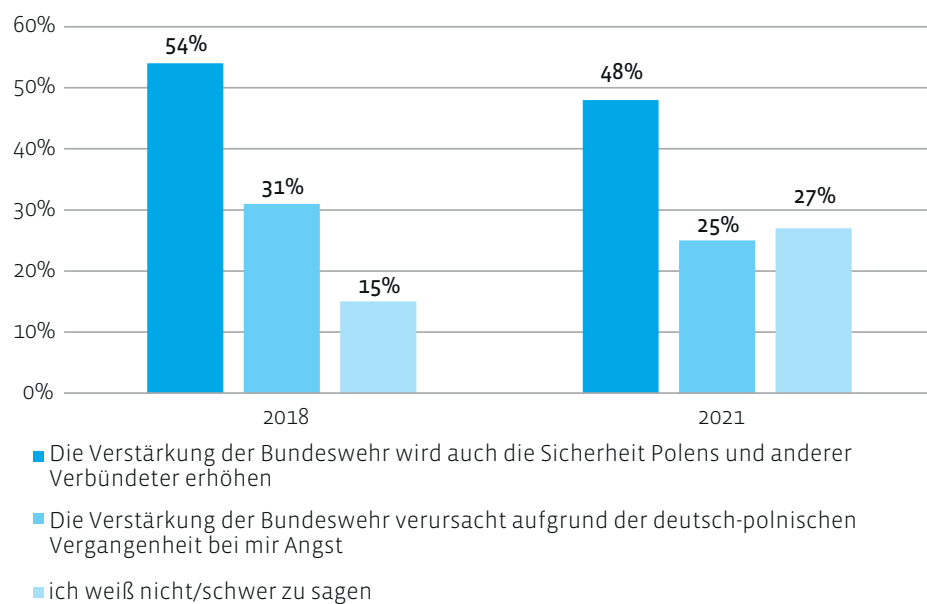


Abbildung 16:  
Würde eine Verstärkung  
der Bundeswehr die  
polnische Sicherheit  
erhöhen? Antworten  
der Polen in den Jahren  
2018 und 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches  
Barometer 2021.

Im Vergleich zur Untersuchung von 2018 ist das Meinungsbild der Polen zu dieser Frage diesmal weniger eindeutig. Der Anteil jener Befragten, die der Ansicht sind, eine verstärkte Bundeswehr diene der Sicherheit Polens und anderer Verbündeter, ist knapp unter die 50%-Marke gesunken. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil der Bedenken träger eines größeren deutschen Militärpotentials von einem knappen Drittel auf ein Viertel der Befragten geschrumpft. Im Gegenzug hat sich die Zahl der Antwortverweigerer fast verdoppelt und



## Würde eine Verstärkung der Bundeswehr die polnische Sicherheit erhöhen?

Antworten der Polen und Deutschen im Jahr 2021

die Verstärkung der Bundeswehr wird auch die Sicherheit Polens und anderer Verbündeter erhöhen

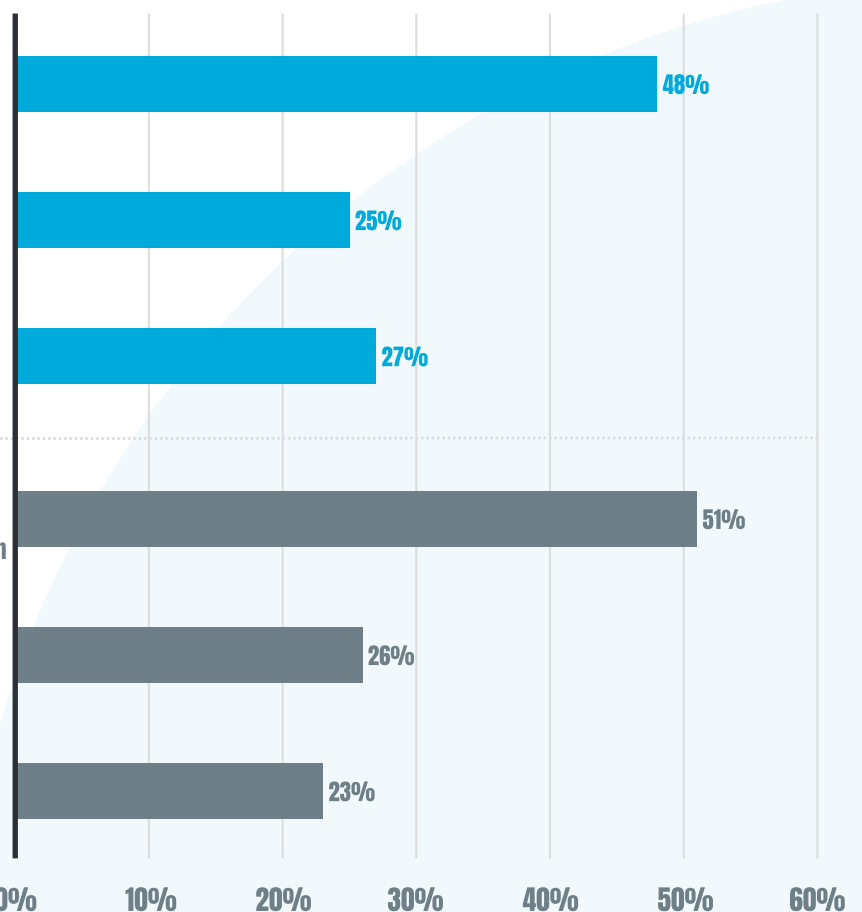
die Verstärkung der Bundeswehr verursacht aufgrund der deutsch-polnischen Vergangenheit bei mir Angst

ich weiß nicht/schwer zu sagen

die Verstärkung der Bundeswehr auf das Niveau der in der NATO vereinbarten Grenze wird auch die Sicherheit Polens und anderer Verbündeter erhöhen

mit Blick auf die deutsche Geschichte sollte Deutschland darauf verzichten, seinen Verteidigungshaushalt aufzustocken, da dies bei Polen und anderen Verbündeten Ängste und Verunsicherung auslösen könnte

ich weiß nicht/schwer zu sagen



Der Anteil der Polen, für die eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben auch der polnischen Sicherheit diene, ist doppelt so groß wie der Anteil derer, die darüber besorgt wären

beträgt nun ein gutes Viertel aller Befragten (und auch an dieser Stelle der Hinweis auf die in diesem Jahr veränderte Befragungsmethode; siehe Anmerkungen zur Methode). Fakt bleibt aber, dass es in Polen anlässlich des Themas einer Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben doppelt so viele Befürworter wie Bedenkenträger gibt.

Die Meinungen zu den deutschen Verteidigungsausgaben korrelieren stark mit den parteipolitischen Sympathien der Befragten. Die Wähler der wichtigsten Oppositionskräfte, Bürgerkoalition (76%), Linke (70%) und Bewegung Polen 2050 (63%), stehen einem erhöhten deutschen Engagement am positivsten gegenüber. Die Anhänger der regierenden PiS sowie der Konföderation und der Polnischen Koalition sind in dieser Frage eher gespalten. So sind 41% der PiS-Anhänger Befürworter höherer deutscher Verteidigungsausgaben, doch bei 38% löst diese Vorstellung Besorgnis aus. Etwa ein Drittel der Wähler der Polnischen Koalition äußert ebenfalls Bedenken. Jeweils mehr Anhänger dieser beiden Gruppierungen sehen eine Verstärkung der Bundeswehr positiv; in beiden Fällen machen diese Anteile aber weniger als die Hälfte aus.

Die Hälfte der Deutschen glaubt, dass eine verstärkte Bundeswehr auch die Sicherheit Polens und anderer Verbündeter erhöhe

In Deutschland sehen wir im Hinblick auf eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben die gegenläufige Tendenz im Vergleich zu Polen. Hier hat sich der Anteil derer, die davon ausgehen, dass eine solche Verstärkung der Bundeswehr auch die Sicherheitslage Polens und anderer Verbündeter verbesserte, merklich erhöht und liegt aktuell bei knapp über der Hälfte der Befragten. Inzwischen ist jeder Vierte der Ansicht, dass eine deutsche Aufrüstung in Polen vor allem Besorgnis auslöst.

Die Annäherung der polnischen und deutschen Einschätzungen in dieser Frage hat dazu geführt, dass diese nun sehr nah beieinander liegen. In beiden Ländern ist die Zustimmung zu einem erweiterten Engagement Deutschlands in der NATO doppelt so groß wie die Bedenken, die eine solche Politik auslösen könnte.

Die deutschen und polnischen Bewertungen bezüglich der Erhöhung des deutschen Verteidigungsetats liegen aktuell nah beieinander

Der Abgleich der Antworten mit der Parteipräferenz der deutschen Befragten ergibt als entscheidendes Ergebnis, dass die Wähler der wichtigsten deutschen Parteien ihre Zustimmung zu einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben erklären. Gleichzeitig gibt es unter den Anhängern dieser Parteien bedeutende Anteile, zwischen 30% bis 40%, die auf die Bedenken auf Seiten der Polen und anderer Verbündeter hinweisen. Einzig die FDP-Wähler plädieren in dieser Frage fast einhellig (80%) für höhere Verteidigungsausgaben zur Verbesserung der Sicherheit auch der NATO-Verbündeten.

Und auch bei dieser Frage gibt es gewisse Unterschiede in den Ansichten zwischen Ost- und Westdeutschen. In Ostdeutschland wird etwas häufiger als

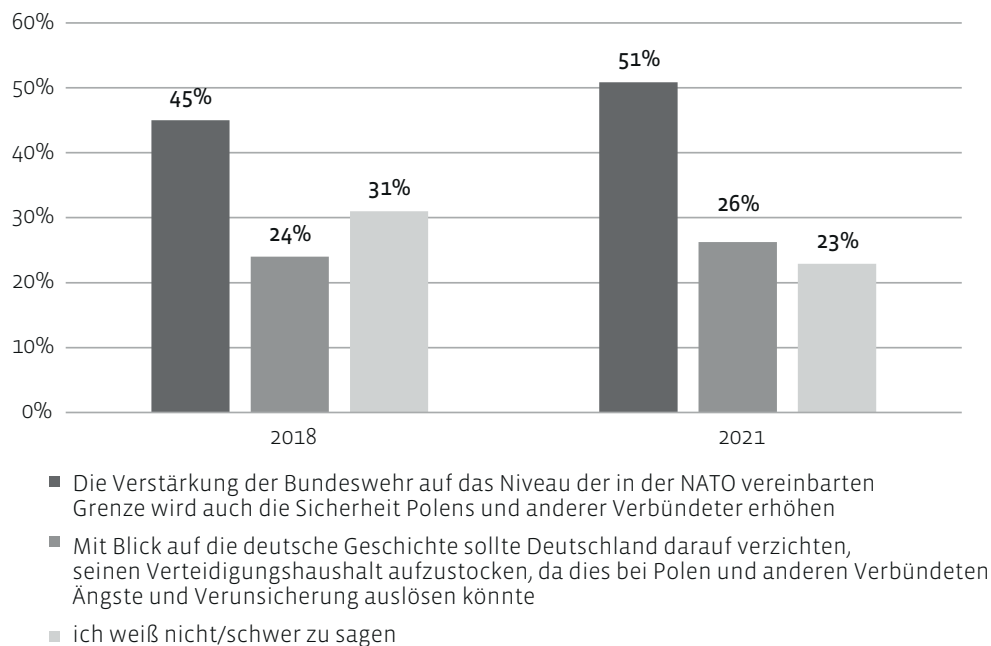


Abbildung 17:  
Würde eine Verstärkung der Bundeswehr die polnische Sicherheit erhöhen? Antworten der Deutschen in den Jahren 2018 und 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

in Westdeutschland die Auffassung vertreten, dass höhere Verteidigungsausgaben den Polen Anlass zur Sorge geben könnten. Aber selbst zwischen Elbe und Oder steht der größere Teil der Menschen einer Verstärkung der Bundeswehr positiv gegenüber. Die jüngsten Befragten sind häufiger als die Älteren der Ansicht, dass eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben in Po-

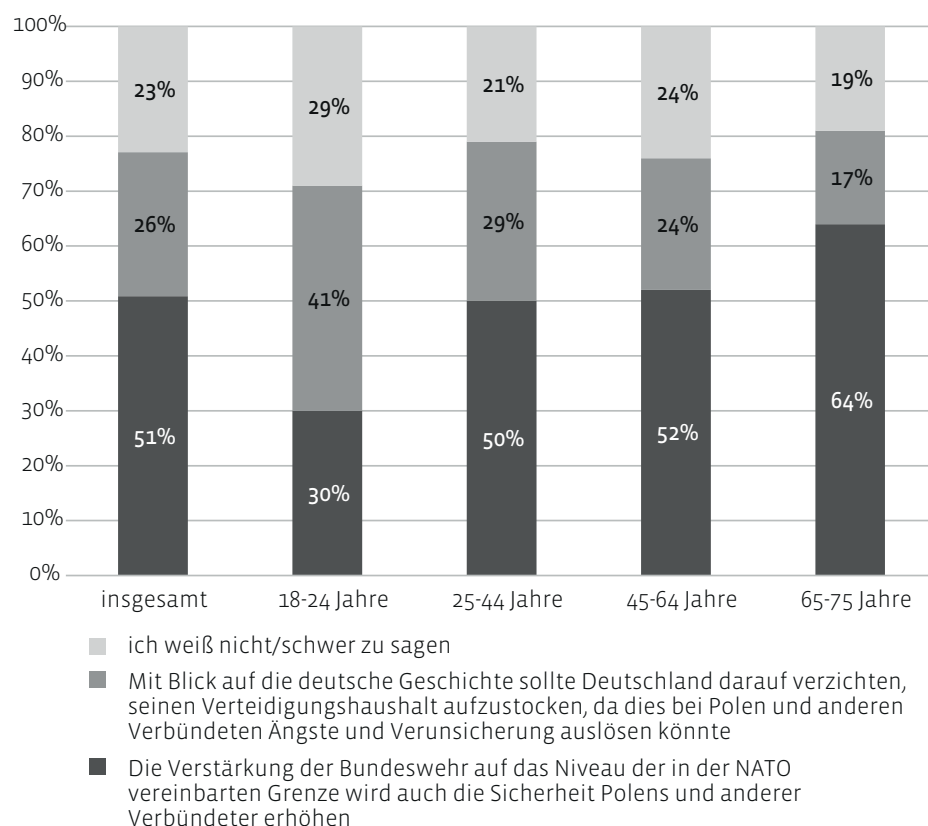
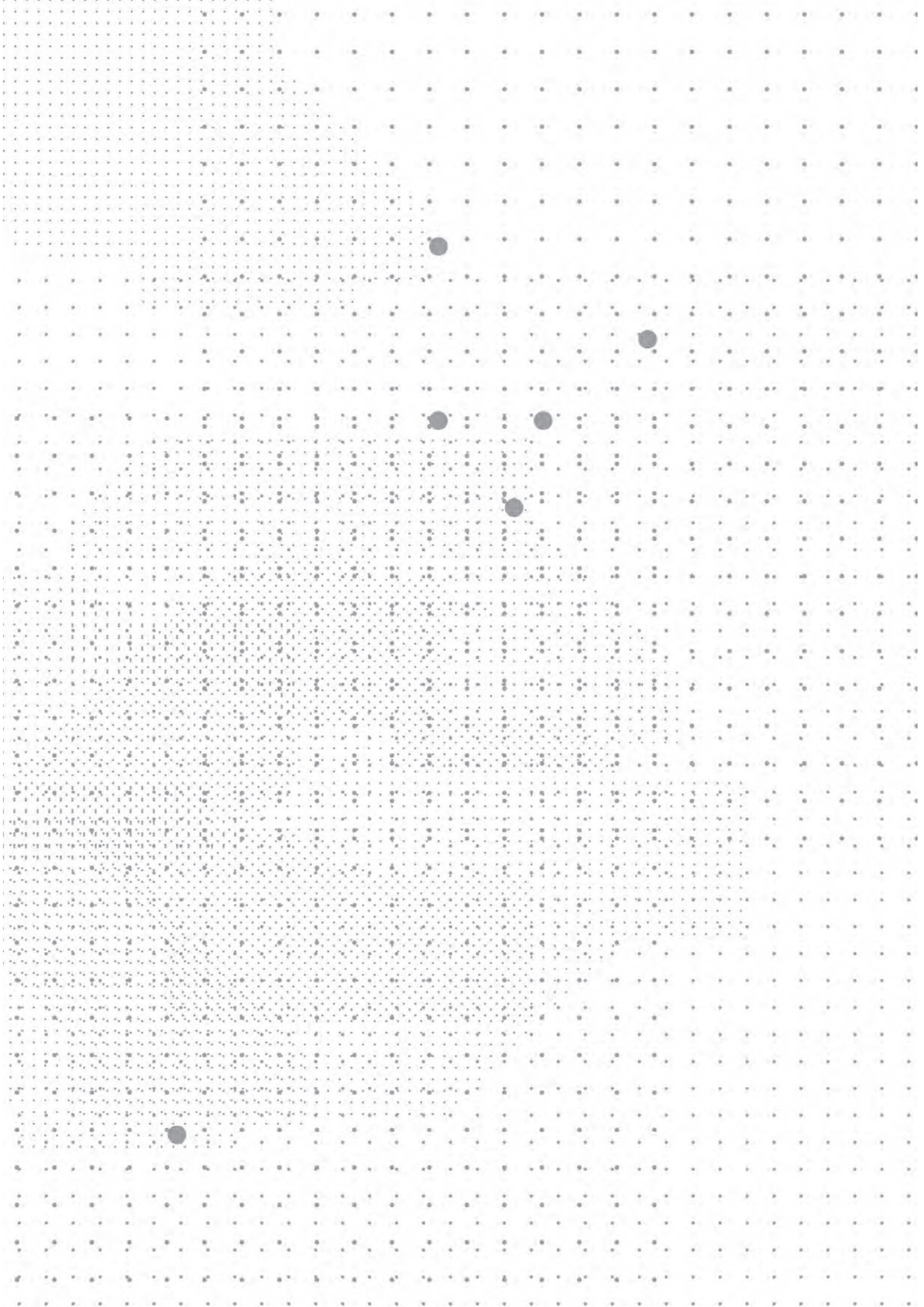


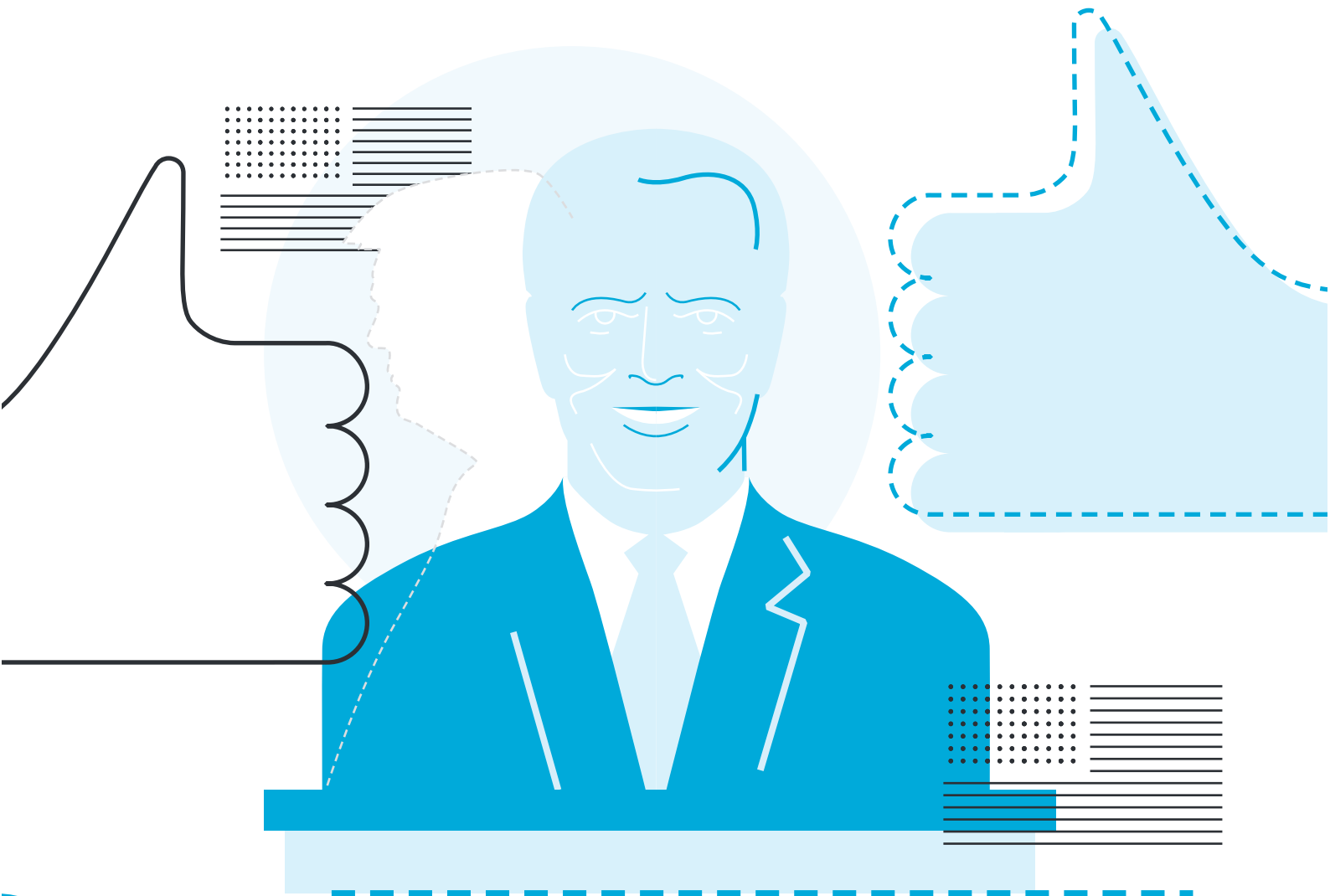
Abbildung 18:  
Erhöht die Verstärkung der Bundeswehr die Sicherheit Polens? Antworten der Deutschen im Jahr 2021 nach Alter der Befragten.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

len Besorgnis erregen könnte. Solche Bedenken teilten 41% der 18-24jährigen und 29% der 25-44jährigen. Nur aber in der Gruppe der Jüngsten glaubt ein größerer Anteil der Befragten, dass die Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben eher zu Besorgnis als zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl führen würde.

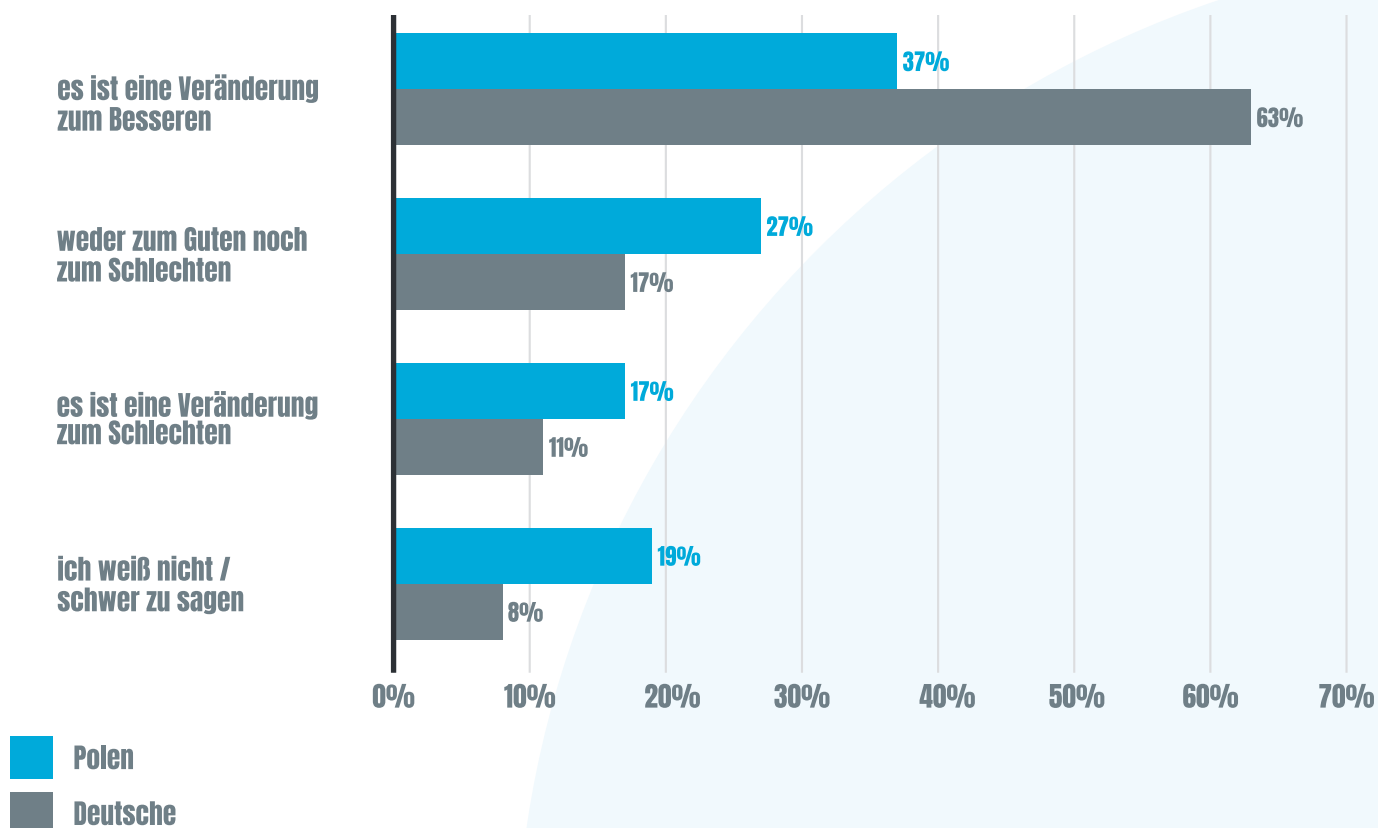






## Wie beurteilen Sie die Machtübernahme der Regierung Biden in den USA aus Sicht Ihres Landes?

Antworten der Polen und Deutschen im Jahr 2021



### Bewertung des Wechsels im Weißen Haus

Im Januar dieses Jahres übernahm die Regierung der Demokraten unter Führung von Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris die Macht in den Vereinigten Staaten. Da die transatlantischen Beziehungen sowohl für die deutsche als auch für die polnische Außen- und Sicherheitspolitik von wesentlicher Bedeutung sind, haben wir die Haltungen in den Gesellschaften beider Länder zu diesem Wandel abgefragt. Die Antworten von deutscher und polnischer Seite unterscheiden sich erheblich, was vor allem mit den sehr unterschiedlichen Einschätzungen betreffend Präsident Donald Trump zu tun hat.<sup>5</sup> Fast zwei Drittel der Deutschen glauben, dass der Wechsel im Weißen Haus für ihr Land eine Veränderung zum Besseren ist, aber nur 37% der Polen stimmen dem zu. Gleichzeitig ist die Zahl derer, die in Joe Biden eine Veränderung zum Schlechten für ihr Land sehen, in Polen (17%) ähnlich klein wie in Deutschland (11%). Dies mag daran liegen, dass für einen nicht geringen Teil der Polen die transatlantischen Beziehungen ein festes Band darstellen, unabhängig davon, welche Regierung in den USA gerade an der Macht ist. Auch die früheren, relativ positiven Einschätzungen der Präsidentschaft von Donald Trump könnten auf die hohe Priorität zurückzuführen sein, die in Polen den Beziehungen zu den USA eingeräumt wird.

Fast zwei Drittel der Deutschen, aber nur 37% der Polen sehen den Wechsel im Weißen Haus als eine Veränderung zum Besseren für ihr Land an

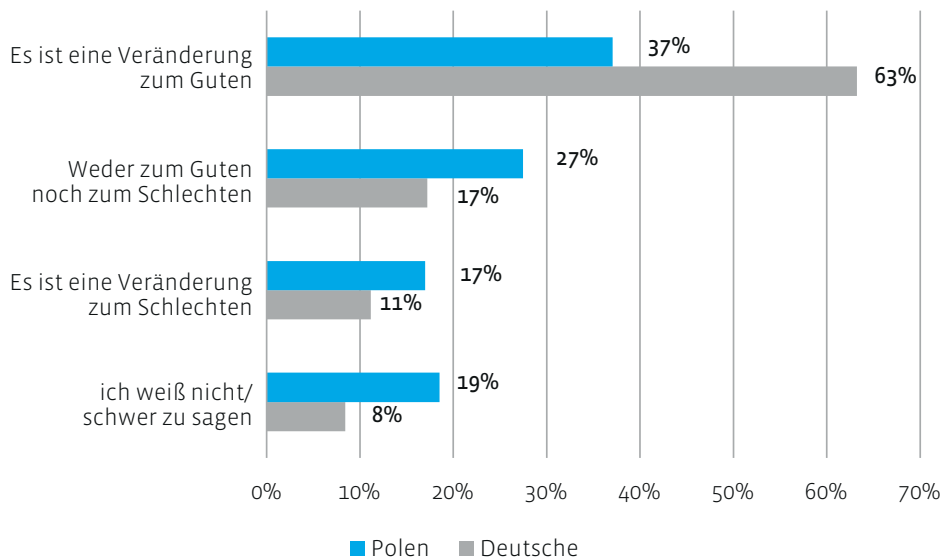


Abbildung 19:  
Wie beurteilen Sie die Machtübernahme der Regierung Biden in den USA aus Sicht Ihres Landes? Antworten der Polen und Deutschen im Jahr 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

<sup>5</sup> Wie die Daten im Deutsch-Polnischen Barometer 2019 gezeigt haben, haben viel mehr Polen als Deutsche den damaligen amerikanischen Präsidenten positiv beurteilt.



Die Einschätzungen betreffend den Regierungswechsel in den USA zeigen die politische Spaltung Polens. Von den Anhängern der oppositionellen Bürgerkoalition setzen 76% Hoffnungen in die neue US-Administration. Eine ebensolche Ansicht vertreten aber lediglich 10% der PiS-Wähler, wobei 40% von ihnen diesen Wechsel ablehnen. Letzteres aber sehen nur 4% der Wähler der Bürgerkoalition so. Auch die Sympathisanten der Linken und der Bewegung Polen 2050 halten den Wechsel in den USA für gut.

In Deutschland gibt es hingegen einen breiten Konsens der Begeisterung für den Übergang von Trump zu Biden. Einzig unter den AfD-Anhängern ist ein nennenswerter Anteil von 26% auszumachen, der diese Wahl für eine Veränderung zum Schlechten hält. Doch selbst von den AfD-Wählern steht fast die Hälfte diesem Machtwechsel positiv gegenüber. Interessanterweise steigt in Deutschland die Begeisterung über den Umschwung in den USA mit dem Alter der Befragten. Jüngere Befragte schätzen den Wechsel seltener positiv ein als ältere.

### **Bewertung der Rolle ausgewählter Großmächte auf internationaler Bühne**

Die Neuausrichtung der US-amerikanischen Politik wirft die Frage auf, wie Deutsche und Polen die Rolle der Großmächte im Hinblick auf die weitere Ausgestaltung der globalen Ordnung sehen. Im diesjährigen Barometer haben wir erneut die Frage gestellt, ob die Europäische Union, die USA, China und Russland eine eher positive oder negative Rolle in der internationalen Politik spielen.

Von den vier hier verglichenen Großmächten wird die Europäische Union in Deutschland und Polen am positivsten gesehen. Zwei Drittel der Befragten stimmen zu, dass die EU zu einer Erhöhung der weltweiten Sicherheit beiträgt, während 18% der Deutschen und 14 % der Polen der Ansicht sind, dass diese eher zur Verschärfung von Konflikten in der Welt beiträgt.

Bei den Wählern fast aller maßgeblichen politischen Gruppierungen Polens dominieren die positiven Bewertungen für das Agieren der EU in der Weltpolitik; die einzige Ausnahme bilden jene der Konföderation

In Polen dominieren unter den Anhängern fast aller im Parlament vertretenen Parteien positive Bewertungen der EU; die einzige Ausnahme bilden die Wähler der Konföderation. Die meisten Euroenthusiasten stellen die Wähler der Bürgerkoalition (88%), gefolgt von denen der Linken (87%) und der Bewegung Polen 2050 (83%). Unter den Wählern der regierenden PiS sehen 55% die Rolle der EU positiv, 22% schätzen sie hingegen negativ ein. Nur bei den Parteigängern der Konföderation überwiegen die negativen Bewertungen (41%) die positiven (29%).

Ähnlich wie in Polen wird die EU auch quer durch das politische Spektrum Deutschlands überwiegend positiv bewertet. Von den Anhängern der CDU/CSU, der SPD, der Grünen und der Linken zu drei Vierteln, von denen der FDP zu zwei Dritteln. Und selbst die AfD-Wähler sehen immerhin zur Hälfte einen

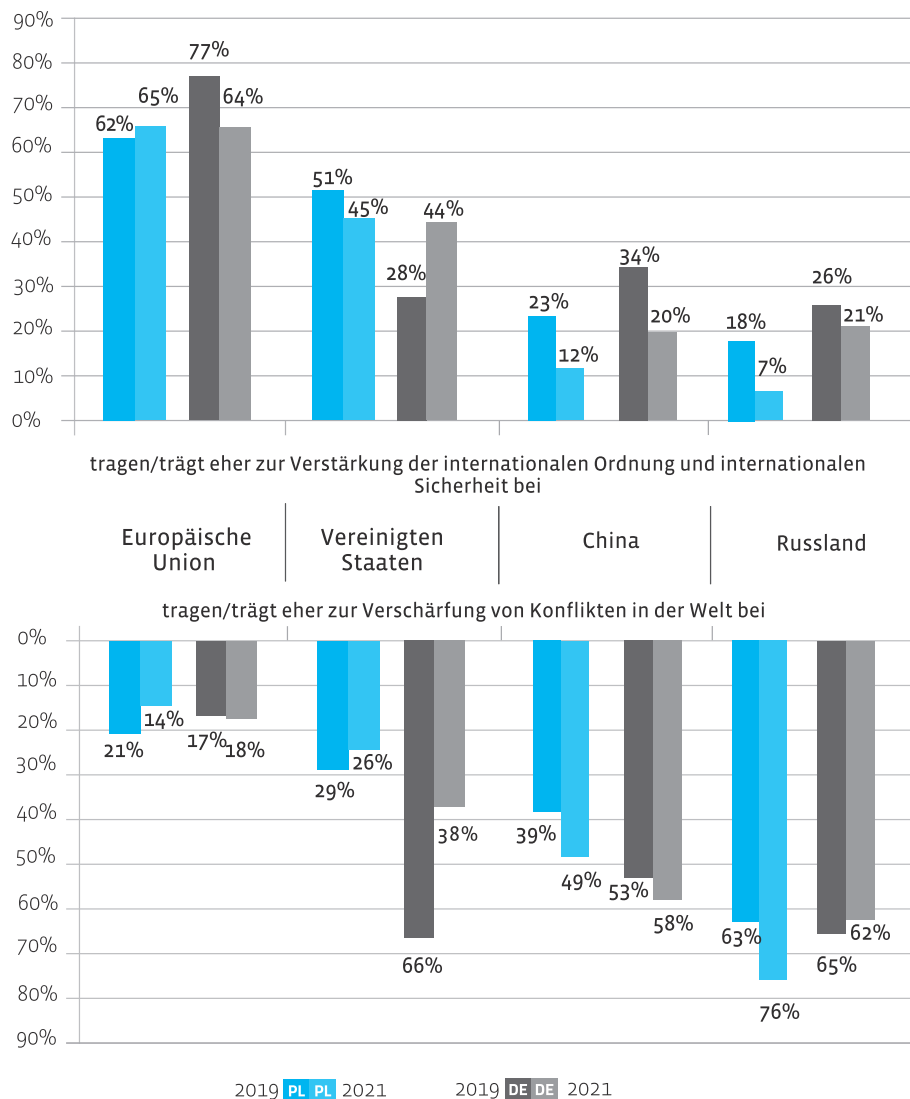


Abbildung 20: Bewertung des Einflusses der Großmächte auf die Weltordnung. Antworten der Polen und Deutschen in den Jahren 2019 und 2021.

Quelle: Deutsch-Polnisches Barometer 2021.

positiven Beitrag der EU zur globalen Stabilität. Allerdings ist unter Letzteren der Anteil jener, die der EU ein dezidiert negatives Zeugnis ausstellen, mit einem Drittel deutlich höher als in allen anderen politischen Lagern.

Lagen Deutsche und Polen in der Bewertung der Präsidentschaft von Donald Trump recht weit auseinander, so ist umso wichtiger, dass beide nun die globale Rolle der USA in ähnlicher Weise bewerten. Eine positive Meinung haben 44% der deutschen und 45% der polnischen Befragten. Auf Seiten der Deutschen ist dies gleichbedeutend mit einem radikalen Wandel, bedenkt man, dass die Bürger der Bundesrepublik im Jahr 2019 lediglich zu 28% eine positive Einstellung zur Führungsmacht des Westens hatten und zwei Drittel von ihnen (66%) vielmehr der Meinung waren, die USA trügen zur Verschärfung von Konflikten in der Welt bei. Heute behaupten dies nur noch 38% der deutschen Befragten. In Polen sind heute etwa ein Viertel (26%) ne-

Deutsche und Polen bewerten die globale Rolle der USA derzeit in ähnlicher Weise

gativ gegenüber der US-Weltpolitik eingestellt, was bedeutet, dass sich im Vergleich zur Umfrage von vor zwei Jahren sowohl die positiven als auch die negativen Sichtweisen verringert haben. Entsprechend vergrößert hat sich damit der Anteil an Unentschiedenen, was damit zu tun haben könnte, dass zum Zeitpunkt der Umfrage die Biden-Administration erst kurz im Amt war.

Bezüglich der Parteipräferenzen fällt auf, dass die Anhänger der Konföderation die einzigen sind, unter denen der Anteil der positiven Beurteilungen der Rolle der USA (26%) deutlich geringer ausfällt als die negativen (49%). Die Wählerschaft der Linken ist in dieser Frage gespalten (41% positive gegenüber 32% negative Bewertungen), wohingegen sowohl bei den Anhängern der großen oppositionellen Gruppierungen Bürgerkoalition (68%) und Bewegung Polen 2050 (55%) als auch bei denen der regierenden PiS (58%) eine eindeutige Zustimmung zur Rolle der USA vorherrscht.

Bei den Anhängern der deutschen Parteien der Mitte gibt es keine eindeutig einseitigen Bewertungen der globalen Rolle der USA, aber mehrheitlich überwiegen die positiven Antworten. An den Rändern, d. h. unter Wählern der Linken und der AfD, gibt es mehr kritische als positive Beurteilungen der globalen Ambitionen der Vereinigten Staaten.

Entgegen der landläufigen Meinung sind Deutsche und Polen auch in der Einschätzung der globalen Rolle Russlands keineswegs weit voneinander entfernt. Davon, dass Russland eine negative Rolle in der internationalen Politik spielt, sind 62% der Deutschen und 76% der Polen überzeugt.

Davon, dass Russland eine negative Rolle in der internationalen Politik spielt, sind 62% der Deutschen und 76% der Polen überzeugt

Eine positive Bewertung der von Russland betriebenen Politik nehmen 21% der deutschen und 7% der polnischen Befragten vor. Damit sind die Polen gegenüber Russland zwar deutlich kritischer eingestellt als die Deutschen, aber in beiden Fällen überwiegt die Kritik deutlich die Befürwortung. Bemerkenswert ist jedoch auch, dass die Ansichten der Polen zu Russland seit 2019 noch ein Stück weit negativer ausfallen, wohingegen die Einschätzungen der Deutschen eine leicht positive Tendenz aufweisen.

Die Wähler aller wichtigen politischen Gruppierungen in Polen sehen die Rolle Russlands auf der internationalen Bühne eindeutig kritisch

Russlands internationale Rolle wird von den Anhängern aller maßgeblichen Parteien in Polen eindeutig negativ bewertet: unter den Sympathisanten der Bewegung Polen 2050 zu 95%, der Bürgerkoalition zu 93%, der PiS zu 85%, der Linken zu 77%, der Konföderation zu 76% und der Polnischen Koalition zu 67%. Letztere weisen auch die höchste Quote an positiven Bewertungen auf (27%). Die positiven Einschätzungen der anderen Gruppierungen liegen allesamt im einstelligen Prozentbereich.

Auch in Deutschland überwiegen unter den Anhängern der im Bundestag vertretenen Parteien klar die negativen Bewertungen der russischen Aktivitäten auf internationaler Bühne; die Wähler der Grünen und der FDP sind am kritischsten, die der AfD am wenigsten kritisch. In den östlichen Bundeslän-

dern sind die Befragten Russland etwas positiver gesonnen; aber auch hier dominieren eindeutig die negativen Bewertungen.

So wie im Falle Russlands fallen auch die Einschätzungen zum Einfluss Chinas auf die Weltlage sowohl in Deutschland als auch in Polen überwiegend negativ aus. Dass China eher zur Verschärfung von internationalen Konflikten beiträgt, meinen 58% der Deutschen und 49% der Polen. Aber auch die positiven Einschätzungen sind in Polen seltener als in Deutschland (12% gegenüber 20%). Folglich sehen wir einen sehr hohen Anteil von polnischen Befragten, die keine Meinung zu Chinas internationaler Rolle äußern (39%). Verglichen damit fällt der Anteil der Unentschlossenen unter den deutschen Befragten mit 22% deutlich geringer aus, aber doch höher als bei den deutschen Bewertungen der drei anderen Großmächte. Im Vergleich zur Umfrage aus dem Jahr 2019 ist somit sowohl in Deutschland als auch in Polen ein Rückgang an positiven und eine Zunahme an negativen Einschätzungen der Außenpolitik Chinas zu konstatieren.

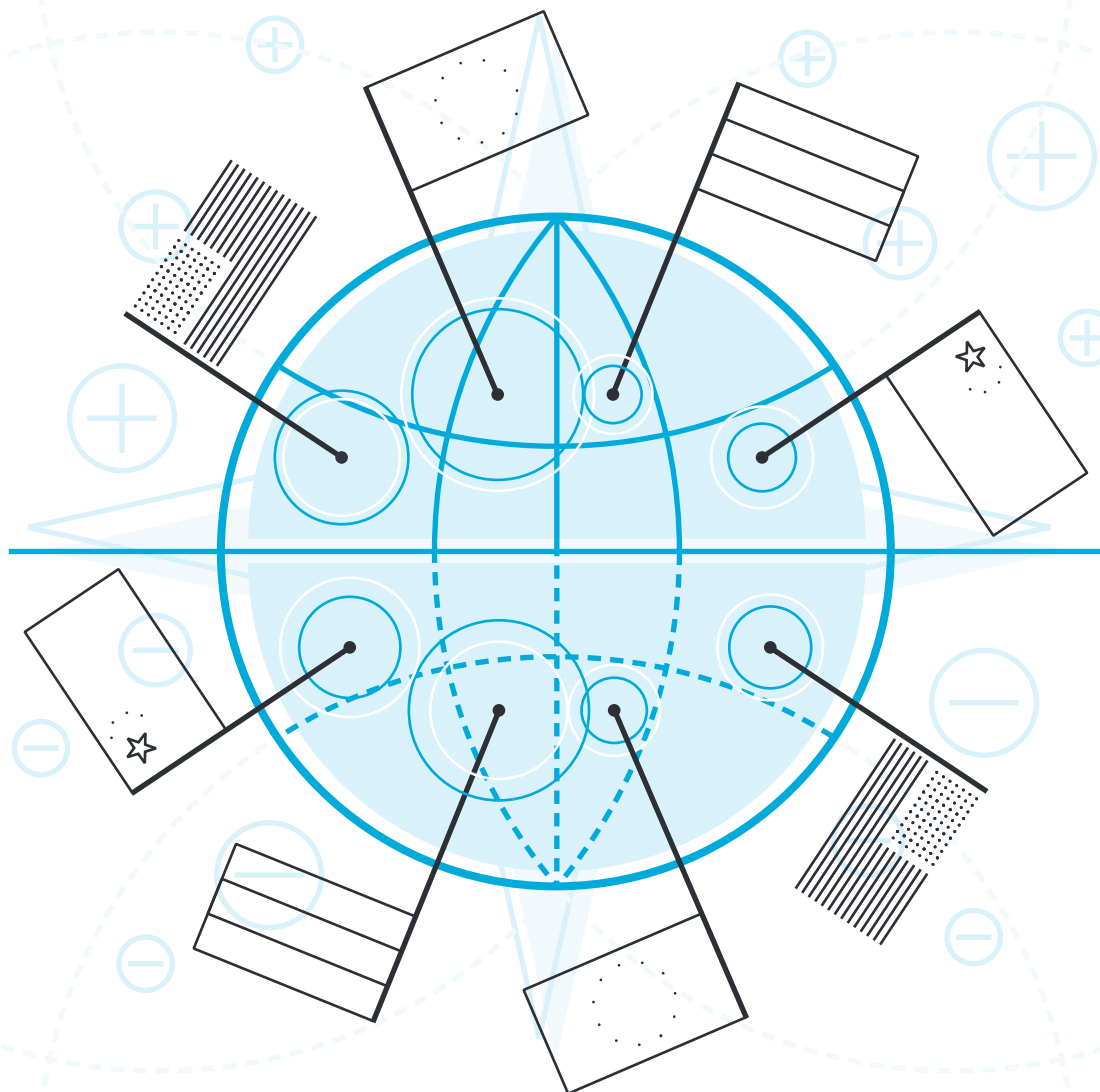
Sowohl in Deutschland als auch in Polen ist ein Anstieg der kritischen und ein Rückgang der positiven Bewertungen der Politik Chinas zu verzeichnen

Auch der Abgleich mit den Parteipräferenzen der polnischen Befragten offenbart Parallelen zu den Einschätzungen zu Russland. Wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau, so überwiegen auch in Bezug auf China unter den Wählern aller relevanten politischen Gruppierungen negative Bewertungen mit Ergebnissen zwischen 50% und 60%. Und auch hier sind – wie im Falle Russlands – die am wenigsten kritischen Befragten die Anhänger der Polnischen Koalition und die am wenigsten positiv eingestellten jene der Bürgerkoalition. Allen Wählergruppen gemein ist ein signifikant hoher Anteil an Befragten, die sich für die Antwort „schwer-zu-sagen“ entscheiden.

In Deutschland schließt der Konsens einer skeptischen Einstellung gegenüber China sogar die Wähler der Linken und der AfD mit ein. Vergleichsweise wenig kritisch sind die Anhänger der SPD, aber selbst unter ihnen ist der Anteil der Kritiker doppelt so hoch wie der Anteil derjenigen, die dem Beitrag Chinas zum Aufbau der Weltordnung etwas Positives abgewinnen. Auch ost- und westdeutsche Befragte sind sich in der Bewertung Chinas einig.

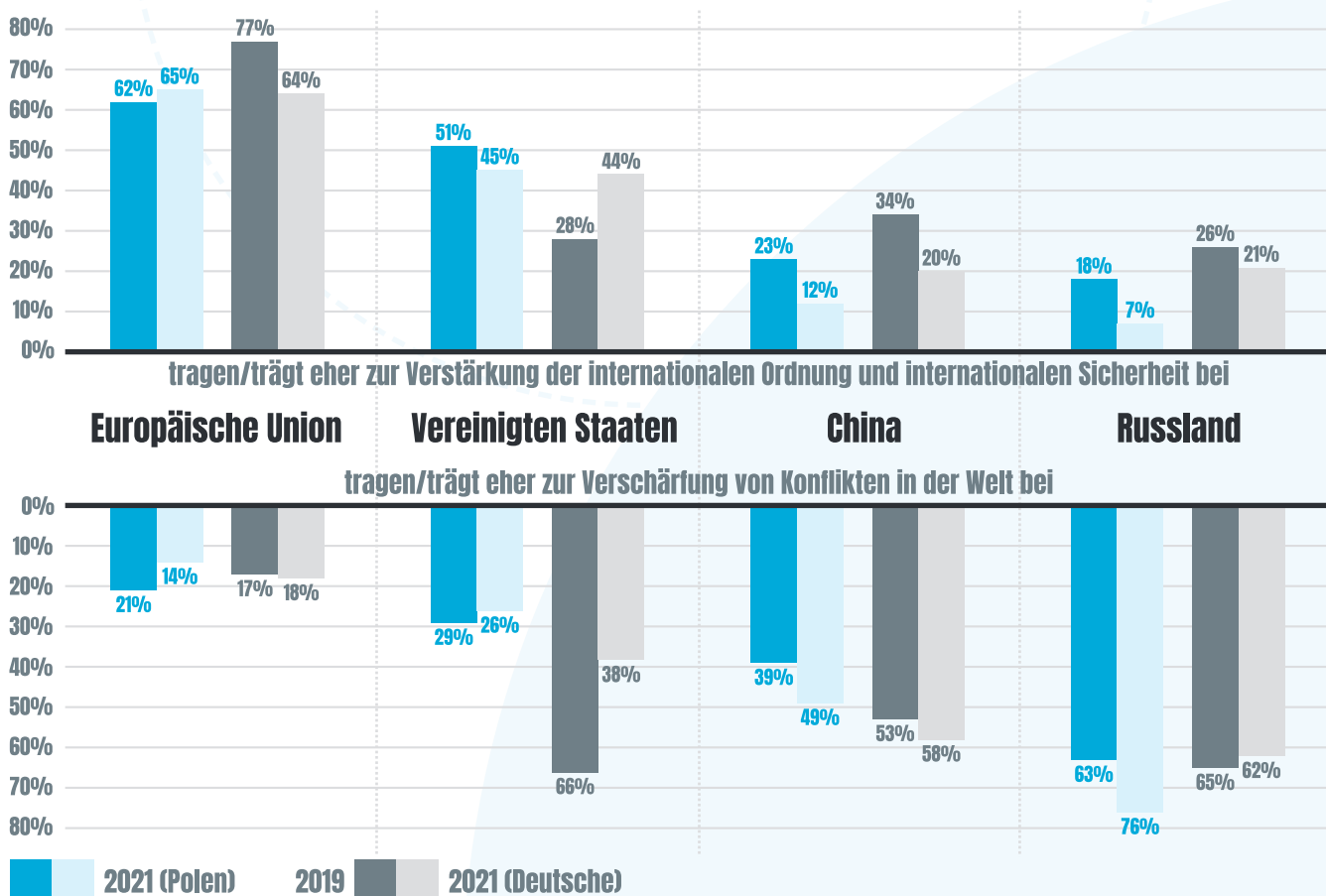
Interessanterweise unterscheiden sich in Polen anhand der Frage nach der Rolle der Großmächte für die Gestaltung einer globalen Ordnung die Ansichten der jüngsten Befragten (18-24 Jahre) nicht wesentlich von denen der älteren. Wenn sich überhaupt ein Unterschied feststellen lässt, dann ist es der, dass sich die Jüngsten häufiger für die Antwort „ich weiß nicht/schwer zu sagen“ entscheiden.

Blickt man auf die Einschätzungen der deutschen Befragten zur Rolle der Großmächte entlang des Merkmals Alter, ist deutlich zu erkennen, dass jüngere Befragte (18-44 Jahre) eine skeptischere Einstellung gegenüber der EU und den USA und eine weniger kritische gegenüber Russland und China haben als ältere (45-75 Jahre).



## Bewertung der Rolle der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Russlands und Chinas in der Weltordnung

Antworten der Polen und Deutschen im Jahr 2019 und 2021





Die Zeit der Pandemie war und ist in jeder Hinsicht eine außergewöhnliche Situation. Umso schwerer fallen Analyse und Einordnung der Ergebnisse dieser Meinungsumfrage, die etwa ein Jahr nach Ausbruch der COVID-Pandemie in Europa durchgeführt wurde. Manche der aufgezeigten Meinungs- und Einstellungsveränderungen mögen allein den besonderen pandemiebedingten Umständen geschuldet sein und keinen Bestand haben, andere wiederum werden uns mit Sicherheit länger begleiten. Einige wichtige Beobachtungen sollen hier noch einmal hervorgehoben werden.

Den 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit nahmen wir zum Anlass, zu fragen, aus welchen Gründen die deutsch-polnischen Beziehungen von den Befragten als gut oder als schlecht eingeschätzt werden. Eindeutig weisen die Befragten darauf hin, dass das Vorhandensein von gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen eine Voraussetzung ist für eine positive Bewertung der Beziehungen. Jedoch geht aus den Antworten auch hervor, dass Wirtschaft und Politik eng miteinander verbunden sind und gute Wirtschaftsbeziehungen nur in einem entsprechenden politischen Klima gedeihen. Gegenseitige Investitionen und reger Warenverkehr allein – bei gleichzeitigem Unwillen einer tieferen Zusammenarbeit, wie er bisweilen auf polnischer Seite zu beobachten ist – reichen keineswegs aus für eine positive Bewertung der gegenseitigen Beziehungen. Aber auch die deutsche Geringschätzung des Potentials der Wirtschaftsbeziehungen mit dem polnischen Nachbarn – einhergehend mit der Fokussierung der politischen Aufmerksamkeit etwa auf den zahlenmäßig weit weniger bedeutenden russischen Markt – sind der Entwicklung mehrdimensionaler guter deutsch-polnischer Beziehungen nicht eben förderlich.

Wie die Studie zeigt, gibt es viele Bereiche, in denen eine Zusammenarbeit erforderlich erachtet wird. Unter den Befragten beider Länder ist keiner dieser Bereiche dominierend; die Auswahl erstreckt sich auf verschiedene Sphären. Dies kann nicht überraschen bei zwei Nachbarländern, die aufgrund ihrer kulturellen Nähe, gleicher strategischer Ausrichtung und gemeinsamer Interessen eigentlich in allen von uns thematisierten Feldern eng miteinander kooperieren sollten. Und die Pandemie macht die Bedeutung dieser grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insofern noch deutlicher, als dass sie die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Kooperationsbereiche aufdeckt, insbesondere im Rahmen der Europäischen Union. Man darf daraus somit schlussfolgern, dass sich im Jubiläumsjahr der Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Vertrages, die im Zeichen der Heranführung Polens an die NATO und die damalige Europäische Gemeinschaft stand, neue Aufgaben

abzeichnen. Diese betreffen neben dem Funktionieren der europäischen Wirtschaft zuvorderst die europäische Sicherheit – auch in den Bereichen Klima, Energie und Gesundheitsfürsorge – sowie die weitere Verringerung der sozialen Ungleichheit innerhalb der Europäischen Union.

Gegenwärtig können Deutschland und Polen diese Aufgaben als gleichberechtigte Partner in denselben internationalen Organisationen angehen. Dazu bedarf es auf beiden Seiten der Akzeptanz, eines gewissen Sich-Anfreundens mit einer Situation, in welcher Deutschland nicht mehr „Anwalt“, „Lehrmeister“ oder „Helfer“ ist und Polen nicht mehr „Bittsteller“ oder „Schüler“. Der Ausstieg aus solchen Rollenzuschreibungen ist häufig bereits vollzogen, aber in der Kommunikation dringen sie doch immer wieder durch und behindern eine konstruktive Zusammenarbeit. Für Polen bedeutet das etwa, sich von einer auf die schwierigen Kapitel der gemeinsamen Geschichte rekurrierenden, populistischen Rhetorik des „sich von den Knien erheben“ zu lösen und dies durch eine konstruktive Agenda der Zusammenarbeit zu ersetzen.

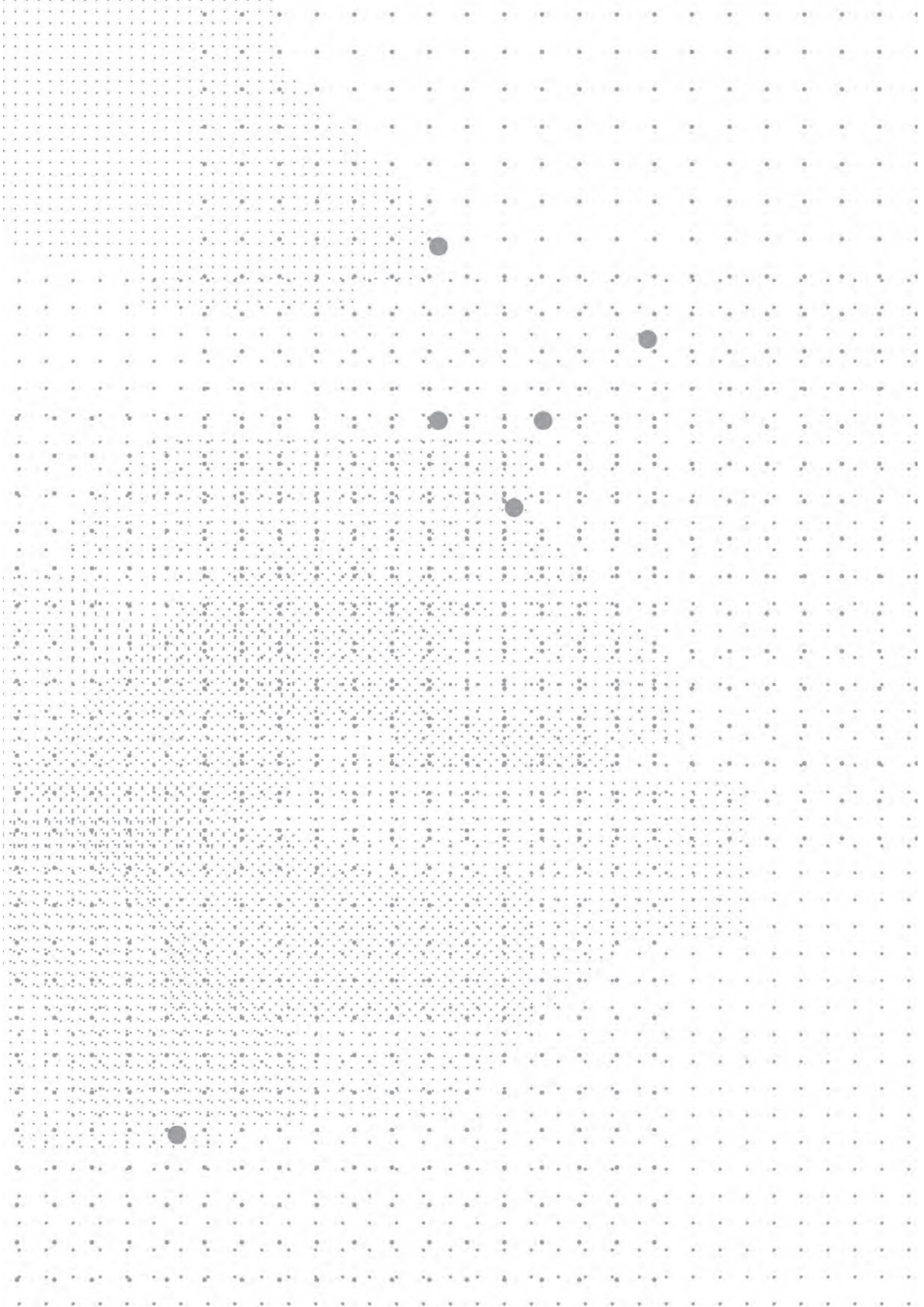
Gleichzeitig ist die Bewältigung der oben genannten Aufgaben für Polen und Deutschland keine binationale Nabelschau; vielmehr agieren beide Länder in einer globalisierten Welt. In diesem Kontext ist erwähnenswert, dass bei aller Hoffnung, die die deutsche und die polnische Gesellschaft mit der neuen US-Administration unter Führung von Präsident Joe Biden verbinden, in beiden Ländern weniger als die Hälfte der Bürger die globale Rolle der USA positiv beurteilen. Und unter Befragten in beiden Ländern liegen die positiven Bewertungen der internationalen Rolle der EU um 20 Prozentpunkte höher als die der USA. Es bestätigen sich an dieser Stelle somit weder die bisweilen in Deutschland geäußerte Meinung vom „blinden“ polnischen Proamerikanismus, noch der Eindruck polnischer Skepsis in Bezug auf das Gewicht der Europäischen Union. In Deutschland zeichnet sich bei der Einschätzung internationaler Großmächte hingegen der besorgniserregende Trend ab, dass die jüngeren Menschen einerseits weniger proeuropäisch und proatlantisch, andererseits weniger kritisch gegenüber den autoritären Mächten Russland und China eingestellt sind als die ältere Generation, für die der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa und die deutsche Vereinigung prägende Erfahrungen darstellen.

Schließlich zeigt auch diese Ausgabe des Deutsch-Polnischen Barometers ein weiteres Mal deutlich, wie polarisiert die Ansichten der Polen zu Deutschland und den deutsch-polnischen Beziehungen sind, wie sehr die diesbezüglichen Einschätzungen mit den Parteipräferenzen korrelieren. Aber auch zu fast allen anderen im Rahmen dieser Untersuchung gestellten Fragen haben die Anhänger des Regierungslagers dezidiert andere Einschätzungen als die Sympathisanten der Opposition. Auf deutscher Seite ist diese Variable viel unbedeutender als in Polen.

Die dargestellten Ergebnisse geben in einem Jahr der historischen Jubiläen Anlass zur Reflexion darüber, was bereits gemeinsam erreicht wurde,



aber auch, was an Wegstrecke noch vor uns liegt. Der weitere Prozess des vertieften Kennenlernens, die Gestaltung einer guten Nachbarschaft und freundschaftlichen Zusammenarbeit wird mehr Sensibilität und Interesse auf deutscher Seite für die polnische Perspektive, die Ansichten der Menschen jenseits von Oder und Neiße erfordern. Doch ebenso unerlässlich ist auch der Wille zu einer vielschichtigen Zusammenarbeit auf polnischer Seite. Ohne den Willen zum Dialog und zur Mitgestaltung der gemeinsamen Zukunft droht den deutsch-polnischen Beziehungen eine weitere „Eiszeit“ auf höchster politischer Ebene, die nicht ohne negative Auswirkungen auf die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Polen bliebe.



## Anmerkungen zur Methode

Die Umfrage wurde in der Zeit vom 26. Februar bis 8. März 2021 durch das Meinungs- und Marktforschungsinstitut Kantar Public mit Teilnehmern von Online-Panels in Polen und Deutschland durchgeführt. Die landesweiten Stichproben von jeweils 1.000 Teilnehmern sind repräsentativ für die ganze Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 75 Jahren nach Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Wohnort ausgewählt.

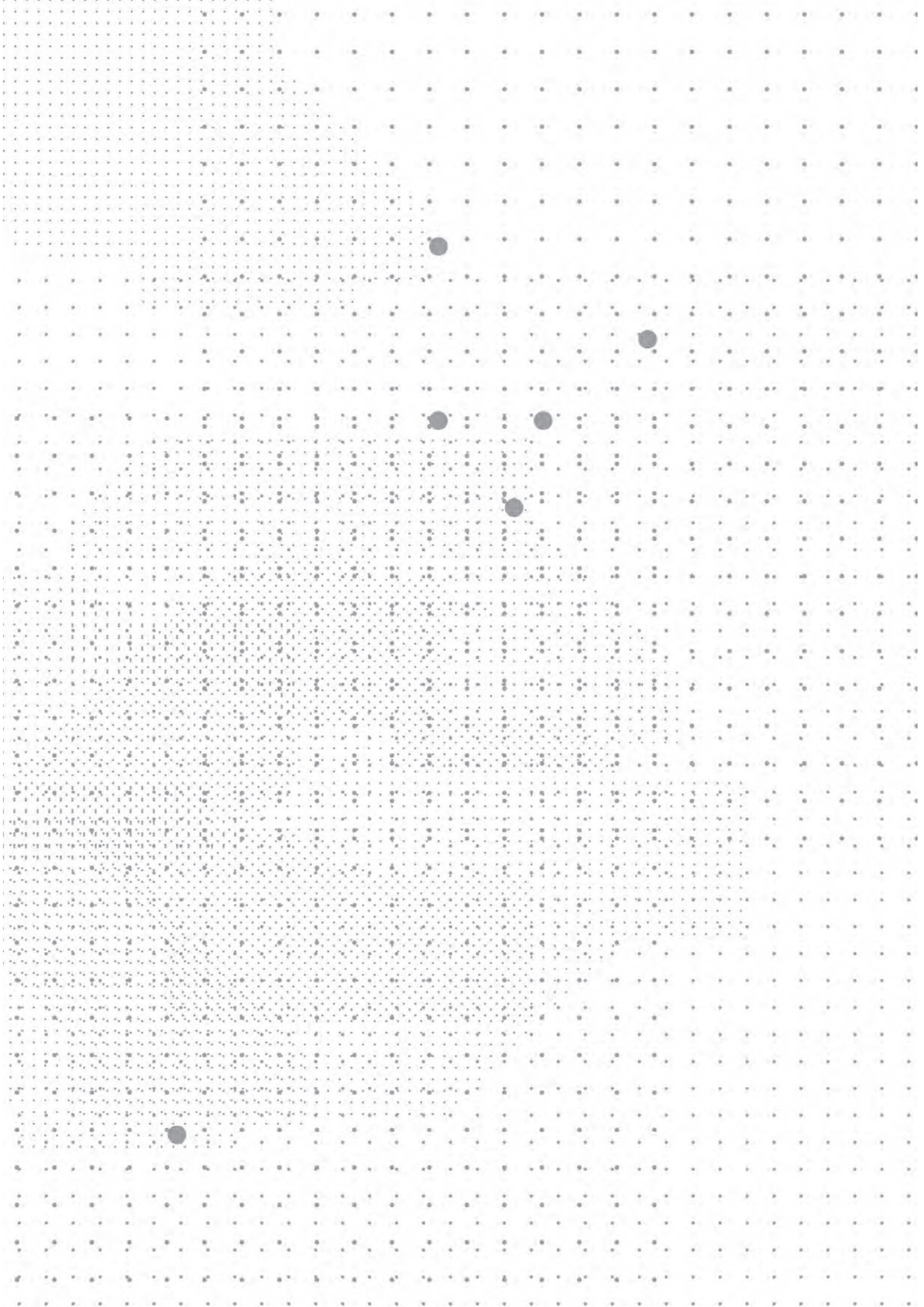
Die Beschränkung auf ein Höchstalter von 75 Jahren ist dem Problem der Internet-Forschung geschuldet, sehr hoch betagte Teilnehmer zu finden, denn jene über 75jährigen, die das Internet nutzen, sind nicht besonders repräsentativ für die gesamte Altersgruppe. Auch die Befragung von Teilnehmern im Alter von 16-18 Jahren haben wir verworfen, da Personen dieser Altersgruppe in den vorangegangenen Studien zunehmend weniger in der Lage waren, auf unsere Fragen zu antworten. Um diese Beschränkungen konkret in Zahlen zu fassen: In der CAPI-Studie im Jahr 2020 waren in der deutschen Stichprobe 62 Personen (6,5%), in der polnischen 35 Personen (knapp 3%) über 75 Jahre und ca. 4% bzw. 3% im Alter zwischen 16 und 18 Jahren.

Bei der Analyse der Ergebnisse gilt es zu berücksichtigen, dass nach der CAWI-Methode befragte Personen vergleichsweise häufiger die Antwort „ich weiß nicht / schwer zu sagen“ geben, da sie diese Antwort auf dem Bildschirm sehen, während von Interviewern Befragte diese Antwort nicht vorgelesen bekommen, sondern nur auf eigenen Wunsch in dieser Weise antworten können.

Online-Umfragen haben jedoch auch Vorteile. Die Teilnehmer haben mehr Zeit, die Fragen zu reflektieren, da sie die Fragen und die möglichen Antworten am Bildschirm vor sich haben. Dies ist besonders wichtig, wenn komplexe Fragen gestellt werden, zu denen die meisten Menschen a priori keine präzisen Ansichten haben. Die CAWI-Methode gibt den Befragten auch ein Gefühl größerer Anonymität im Vergleich zu Face-to-Face-Interviews, wodurch das Problem des Einflusses der Reaktion des Interviewers durch dessen implizierte Erwartungen minimiert wird.

Die Struktur der Panel-Teilnehmer ähnelt der Struktur der Gesamtheit der Internet-Nutzer. Diese bildet in Polen aber nicht die Struktur der Gesamtbevölkerung ab, bestimmte soziale Gruppen sind hier unterrepräsentiert. Durch gezielte Rekrutierung versucht Kantar, alle demografischen Gruppen im Panel widerzuspiegeln. Die Panel-Teilnehmer werden regelmäßig profiliert, um sicherzustellen, dass die für die Umfrage erwarteten Kriterien auch erfüllt werden. Die Zeit und die Regelkonformität bei der Beantwortung werden angemessen kontrolliert.







**Dr. Jacek Kucharczyk** – Soziologe, Vorstandsvorsitzender des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau. Absolvent der Schule für Sozialwissenschaften am Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften. In den Jahren 1994-1995 erhielt er ein Stipendium von der Graduate Faculty of the New School for Social Research in New York. Zuvor studierte er Philosophie an der Universität von Kent in Canterbury (Master of Arts in Philosophie, 1992) und Englisch und Philosophie an der Universität Warschau (Master of English Philology, 1987). Darüber hinaus ist er Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Prague Civil Society Center Foundation und Vorsitzender des Stipendienprogramm-Ausschusses der Open Society Foundations. Zuvor war er Mitglied des Vorstands des Think Tank Fund am Open Society Institute in Budapest (2008-2015). Von 2011-2015 war er Ratsmitglied der Staatlichen Hochschule für öffentliche Verwaltung (KSAP). Autor und Herausgeber zahlreicher Artikel, Policy Briefs, Berichte und Bücher über Demokratie, Populismus, Europapolitik und Migration. Er äußert sich häufig zu aktuellen politischen Ereignissen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, und seine Äußerungen erscheinen in den wichtigsten polnischen, europäischen und weltweiten Medien. Im Jahr 2019 erschien unter seiner Herausgeberschaft das Buch *Phantom Menace. The Politics and Policies of Migration in Central Europe*.

**Dr. Agnieszka Łada** – Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut in Darmstadt (DPI), bis Dezember 2019 Direktorin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund und Executive Master for Public Administration an der Hertie School of Governance. Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Hertie-Stiftung und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *visiting Scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), *visiting researcher* bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (2016/2017), stv. Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. Spezialisierung auf folgende Bereiche: deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland bzw. der Ausländer in Polen.



## 20 Jahre der deutsch-polnischen Wahrnehmungsstudien

Das „Deutsch-polnische Barometer“ ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Polen und Deutschen über die deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Die Untersuchungen werden seit dem Jahr 2000 vom Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen durchgeführt. In den Jahren 2013 und 2016 wurde die Untersuchung in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung realisiert. Im Jahr 2018 war die Körber-Stiftung Partner der Studie, im Jahr 2019 die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die die Herausgabe des Projekts bereits in den Jahren 2006, 2008 und 2018 unterstützt hatte. Ab 2020 ist auch das Deutsche Polen-Institut Partner der Studie.

ISBN 978-3-9820699-1-3

INSTYTUT SPRAW  
PUBLICZNYCH

DEUTSCHES  
POLEN  
INSTITUT

KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT